



www.laender-analysen.de/ukraine

**QUO VADIS: UMGANG MIT PROPAGANDA UND FEINDBILDERN
HISTORISCHE VERANTWORTUNG DEUTSCHLANDS FÜR DIE UKRAINE:
EINE DEBATTE IM BUNDESTAG
AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN**

■ KOMMENTAR		■ UMFRAGE	
Kritiklos heraus aus dem Netz des Feindes?	2	Aktuelle Wahlrends	11
Von Steffen Halling, Berlin		Unterstützung des Präsidenten	13
Poroschenko setzt auf die patriotischen Wähler	3	■ STATISTIK	
Von Volodymyr Kulyk, Kiew		Die Gesetzesinitiativen von	
Zensur – wofür?	5	Präsident Poroschenko: Wie erfolgreich sind sie?	13
Von Heiko Pleines, Bremen		■ KOMMENTAR	
Krieg und Medienfreiheit	6	Eine Debatte um die historische Verantwortung	
Von Gerhard Simon, Köln		Deutschlands für die Ukraine im Deutschen	
Poroschenko ist kein Demokrat	8	Bundestag zeigt deutlich die Krise der Begriffe	15
Von Denis Trubetskoi, Kiew		Von Ljudmyla Melnyk, Berlin	
Reflexive Kontrolle als Königsdisziplin		■ STATISTIK	
russischer hybrider Kriegführung:		Aktuelle Wirtschaftsdaten	18
ukrainische Entscheidungsgpässe in einem		■ CHRONIK	
»nichtlinearen« Konflikt	9	22. Mai – 11. Juni 2017	22
Von Andreas Umland, Kiew			

Kritiklos heraus aus dem Netz des Feindes?

Von Steffen Halling, Berlin

Der im Mai von Präsident Poroschenko unterzeichnete Erlass, die Sanktionen gegen russische Unternehmen auszuweiten und somit unter anderem nicht nur weiteren russischen Fernsehsendern die Sendelizenzen in der Ukraine zu entziehen, sondern auch die bei ukrainischen Internetnutzern populären russischen sozialen Netzwerke V-Kontakte (»im Kontakt«) und Odnoklassniki (»Klassenkameraden«), die Suchmaschine Yandex sowie den E-Mail-Dienstleister Mail.ru zu sperren, hat international teils heftige Kritik hervorgerufen. Human Rights Watch bezeichnete den Schritt des Präsidenten vor allem mit Blick auf die sozialen Netzwerke als eine »zynische, politisch kalkulierte Attacke auf das Informationsrecht von Millionen von Ukrainern«. Für Reporter ohne Grenzen stellen die Sanktionen einen »nicht hinnehmbare[n] Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit« dar. Die Vertretung der Europäischen Union in Kiew äußerte zwar generelles Verständnis für Maßnahmen, die der nationalen Sicherheit der Ukraine dienen. Die von der ukrainischen Regierung in diesem Zusammenhang vorgebrachten Argumente seien zur Rechtfertigung der neuerlichen Restriktionen aus ihrer Sicht jedoch nicht ausreichend.

Ukrainische Medien sind vom Verbot der entsprechenden russischen Internetdienste potentiell in zweifacher Hinsicht betroffen. Erstens, weil insbesondere das Netzwerk V-Kontakte bisher auch von ukrainischen Medien als Plattform genutzt wurde, um eigene Medieninhalte zu verbreiten. Segodnja, die größte ukrainische Tageszeitung, hat auf V-Kontakte knapp 120.000 Abonnenten; TSN, die Nachrichtensparte des Fernsehsenders 1+1, gar über 1,5 Millionen. Folgt man der Bewertung des ehemaligen Journalisten und heutigen Parlamentsabgeordneten Serhij Leschtschenko und wertet die Sanktionen als Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit durch ein zunehmend autoritäres Regime, das unter dem Vorwand nationaler Sicherheitsbedürfnisse den Informationsraum kontrollieren wolle, so müssten ukrainische Medien zweitens folgerichtig auch ihre eigene Existenz bedroht sehen.

Im Spannungsfeld zwischen nationaler Sicherheit auf der einen und Meinungs- und Pressefreiheit auf der anderen Seite lassen sich Argumente für wie gegen die Position der Regierung finden. Auffallend ist jedoch, dass eine tatsächlich kritische Auseinandersetzung mit Poroschenkos Erlass in der von den Oligarchen kontrollierten ukrainischen Medienlandschaft weitestgehend ausgeblieben ist. Zwar wurde in den führenden, von den Oligarchen bestimmten Fernsehsendern und Zei-

tungen ausgiebig über die Ausweitung der Sanktionen und die damit einhergehenden Verbote berichtet. Die zumeist deskriptiv-neutral gehaltene Berichterstattung beschränkte sich aber vor allem auf Aspekte der technischen Umsetzbarkeit sowie der juristischen und wirtschaftlichen Folgen des Verbots für ukrainische Privatpersonen und Unternehmen.

Exemplarisch hierfür ist die zu Achmetows Medienholding gehörende Tageszeitung Segodnja, die die international geäußerte Kritik am Präsidentenerlass lediglich als Indiz dafür nahm, dass der Effekt des Verbots auf ukrainischer Seite offensichtlich nicht ausreichend kalkuliert worden sei – getreu dem Motto: Es geht weniger darum, was man macht, als wie man es tut. Gleichzeitig berichtete die Zeitung über ukrainische Internethändler, die bisher intensiv Waren über V-Kontakte vertrieben hätten und sich nun alternative Absatzwege suchen müssten. Ausgespart wurde hier wie auch andernorts jedoch die grundsätzliche Diskussion über die Frage nach der Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit. Eine Reihe von Unternehmen, die den Oligarchen zuzurechnen sind, haben zudem prompt damit begonnen, den Erlass des Präsidenten umzusetzen, indem etwa die von ihnen kontrollierten Medien in ihren entsprechenden V-Kontakte-Gruppen auf die Alternativen Facebook, You Tube und Twitter verweisen oder indem sie, wie das von Achmetow kontrollierte Telekommunikationsunternehmen Ukrtelekom, den Zugang zu den betroffenen russischen Internetseiten bereits blockiert haben.

Es mag sein, dass aus ukrainischer Sicht eine Diskussion über Meinungs- und Medienfreiheit am Beispiel der sozialen Netzwerke V-kontakte und Odnoklassniki in Zeiten, in denen sich das Land im Krieg mit Russland befindet, weltfremd daherkommt. Denn zu einer fairen Beurteilung des Sachverhaltes gehört etwa auch, dass sich der Gründer von V-Kontakte, Pawel Durow, bereits 2014 zum Verkauf seiner Anteile an dem Unternehmen gezwungen sah, nachdem er sich geweigert hatte, gegenüber dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB persönliche Daten der Organisatoren von »Euromajdan«-Gruppen in dem Netzwerk preiszugeben. Seitdem wird das Unternehmen bekanntermaßen von Alischer Usmanow kontrolliert, einem russischen Oligarchen mit engen Beziehungen zum Kreml. Zudem sind die betroffenen sozialen Netzwerke für ukrainische Nutzer alles andere als alternativlos.

Gleichzeitig muss jedoch auch konstatiert werden, dass das Fehlen einer breiten kritischen Auseinander-

setzung mit dem Thema aus zwei Gründen symptomatisch für die gegenwärtige Situation in der Ukraine ist. Zum einen haben sich in den Jahren seit der Annexion der Krim und des anhaltenden Krieges im Donbass Diskussionen über Themen, die Russland, den Krieg und die nationale Sicherheit betreffen, deutlich verengt. Zum anderen hängt die mangelnde kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik aber auch mit der politischen Rolle der Oligarchen zusammen. Die Oligarchen haben sich trotz aller Widrigkeiten mit Poroschenko arrangiert und nehmen, zumindest für den Moment und offensichtlich aus Mangel an Alternativen, Abstand von allzu großer öffentlicher Kritik an der politischen Führung.

Die fehlende kritische Begleitung des Präsidialerlasses zum Verbot von V-Kontakte etc. mag aufgrund durchaus bestehender sicherheitsrelevanter Faktoren in diesem Zusammenhang nicht das beste Beispiel sein. Allerdings, und das hat sich besonders deutlich während des Majdans gezeigt, stellt die Einschränkung funda-

mentaler politischer Grundrechte im Zweifel kein Hindernis für die Oligarchen dar. Damals unterstützten die Oligarchen Janukowitsch bis kurz vor dessen Sturz und trugen sowohl medial als auch durch die von ihnen kontrollierten Abgeordneten die Antiprotestgesetze vom 16. Januar 2014 mit. Deren Umsetzung hätte tatsächlich eine massive Einschränkung für die Meinungs- und Pressefreiheit in der Ukraine bedeutet.

Das Verhalten der Oligarchen, die ihre Medienbeteiligungen traditionell zur politischen Einflussnahme nutzen, überrascht letztlich kaum und folgt einem bekannten Muster. Wie bereits in früheren Jahren findet das Arrangement zwischen Oligarchen und politischer Führung seinen Ausdruck in der Formel »politische Unterstützung (sei es durch Stillschweigen) für wirtschaftliche Vorteile«. Im Kampf um finanzielle Ressourcen und politischen Einfluss werden die Oligarchen dabei auch in Zukunft sowohl einer demokratischen als auch – trotz allem – einer autoritären Konsolidierung im Wege stehen.

Über den Autor:

Steffen Halling ist Doktorand der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Promotionsstipendiat in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Er forscht zu Oligarchen in der Ukraine und ihren Legitimationsstrategien.

Poroschenko setzt auf die patriotischen Wähler

Von Volodymyr Kulyk, Kiew

Die jüngsten Entscheidungen im Bereich der Identitätspolitik haben gezeigt, dass der ukrainischen Präsident Petro Poroschenko für die nächsten Wahlen mehr auf patriotische als auf konformistische Wähler setzt. Es ist aber nicht klar, ob ihm diese Strategie Erfolg bringen wird.

Der vor Kurzem verabschiedete Präsidialerlass, der es ukrainischen Internet-Anbietern verbietet, ihren Nutzern den Zugang zu russischen sozialen Netzwerken und Suchmaschinen zu ermöglichen, gehört zu den Schritten, die von den Befürwortern eines Abbruchs der Beziehungen mit dem russischen Aggressor schon lange gefordert wurden. Sie finden, dass die tägliche Nutzung dieser Internetressourcen durch Millionen ukrainischer Bürger sowohl aus ideologischer Sicht (im Hinblick auf Feindpropaganda und Kollaboration mit dem Feind in Kriegzeiten) als auch aus Sicherheitsgründen (Zugriffsmöglichkeiten auf Daten ukrainischer Nutzer für den russischen Geheimdienst) nicht akzeptabel ist. Experten weisen auch auf den wirtschaftlichen Aspekt hin, da die russischen Unternehmen Werbeeinnahmen aus der Werbung erzie-

len, die ukrainische Unternehmer auf ihren Internetseiten platzieren, um vor allem ukrainische Kunden zu erreichen.

Während es in der Ukraine kaum öffentliche Kritik daran gab, dass den Russen eine Quelle der Bereicherung auf Kosten der nicht besonders wählerischen Ukrainer genommen wird, wurde das Recht des Staates auf die Bekämpfung der Leichtsinnigkeit der Ukrainer bei weitem nicht von allen akzeptiert, wie sich herausstellte. Viele Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben die Zugangsbeschränkung zu wichtigen und professionellen Internetressourcen kritisiert und einige verurteilten sie sogar als ein Zeichen von Zensur. Für die meisten normalen Internetnutzer hingegen waren die Zugangsschwierigkeiten zu russischen Internetressourcen ein Grund, sich ukrainische oder westliche Alternativen zu suchen, statt sich mit den weitverbreiteten und technisch einfachen Umgehungsmöglichkeiten zu befassen. Nach einer Schätzung haben von 14 Millionen ukrainischen Nutzern dieser Internetseiten nur 2,5 Millionen (ca. 18%) technische Wege genutzt, um die Zugangs-

beschränkung zu umgehen. Bezogen auf die wirtschaftliche und sicherheitstechnische Ausschaltung russischer Internetressourcen war die Maßnahme also sehr effektiv.

Gleichzeitig kann diese Maßnahme als Beitrag zur Erhöhung der Popularität der aktuellen politischen Führung – durch die Demonstration von Entschlossenheit bei der Bekämpfung des Feindes – problematisch sein. Für die meisten ukrainischen Wähler hat dieser Kampf nicht die absolute Priorität, und bei denjenigen, für die er wichtig ist, dominieren andere Forderungen an die Politik, die sich nicht nur auf die Außen- und Sicherheitspolitik beschränken.

Obwohl die Einführung von Quoten für die Nutzung der ukrainischen Sprache im Fernsehen nicht von der Regierung sondern vom Parlament beschlossen wurde, war auch dies ein Schritt in die gleiche Richtung, um die Zustimmung der Wähler zu erreichen, die unzufrieden mit der Dominanz der russischen Sprache im Allgemeinen und insbesondere mit aus Russland importierten Filmen und Sendungen sind. Initiiert von Abgeordneten, die aus dem Medienbereich kommen, und aktiv unterstützt von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für eine stärkere öffentliche Rolle der ukrainischen Sprache kämpfen, wurde dieses Gesetz nur dank der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Abgeordneten der Regierungskoalition, insbesondere des Blocks Petro Poroschenko, durchgesetzt.

Zweifelloso fördert die Festlegung klarer Anforderungen an den Anteil der ukrainischen Sprache in verschiedenen Arten von TV-Sendungen ihre aktivere Nutzung in diesem wichtigen öffentlichen Bereich und trägt zur Wiederherstellung ihrer Position bei, die in Folge des unter Präsident Janukowitsch genehmigten Sprachengesetzes verloren ging, in dem der aus Sowjetzeiten geerbten russischen Sprache der Vorzug gewährt wurde. Allerdings sind die Gesetzesbestimmungen ein Kompromiss zwischen den Forderungen der Anhänger der ukrainischen Sprache und dem Beharren der Fernseh-Lobby auf wesentlicher Präsenz der russischen Sprache. Denn trotz der formalen Mindestquote von 75 Prozent für den Anteil der ukrainischen Sprache an nationalen TV-Sendungen wird der entsprechende Anteil in der Realität deutlich niedriger liegen.

Es ist ebenso wichtig, dass Poroschenko und die Mitglieder der Regierungskoalition im Parlament nur einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung der Marginalisie-

rung der ukrainischen Sprache in einigen Bereichen wie Fernsehen und Radio (hier wurde eine Quote für die ukrainische Sprache vor einem Jahr eingeführt) vornehmen, statt ein umfassendes Programm zur Förderung der ukrainischen Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu verfolgen. Ihre Abneigung gegen solche umfassenden Maßnahmen wird durch die Tatsache bestätigt, dass weder Poroschenko noch wichtige Regierungsmitglieder oder Vertreter der Regierungskoalition den vor einem halben Jahr in das Parlament eingebrachten Gesetzentwurf über die Staatssprache unterstützen, der sehr hohe Anforderungen an die Nutzung der ukrainischen Sprache stellt. Wir können davon ausgehen, dass diese fehlende Unterstützung durch prominente Politiker bedeutet, dass auch die ihnen gegenüber loyalen Abgeordneten nicht für diesen Entwurf stimmen werden.

Offensichtlich findet jeder Schritt zur Überwindung der Abhängigkeit von Russland und der sprachlichen und kulturellen De-Russifizierung in der Ukraine Zustimmung unter Anhängern des Maidans, die zum größten Teil eine europäische Orientierung mit gemäßigtem Nationalismus verbinden. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass Poroschenko und seine Partei sich die Stimmen dieser Wähler bei den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2019 sichern können. Denn für diese Wähler ist nicht nur eine kulturelle und außenpolitische Neuorientierung »weg von Moskau« wichtig, sondern auch die liberalen Reformen in Politik und Wirtschaft, deren Umsetzung durch die Regierung meist kritisch bewertet wird – vor allem wegen fehlender durchgreifender Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption.

Es kann daher passieren, dass Poroschenko die gegenüber nationalistischen Prioritäten distanzierteren Wähler abschreckt, ohne die Unterstützung der gemäßigt nationalistischen Wähler zu gewinnen. In der entscheidenden zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen wird die zweite Wählergruppe für ihn stimmen. Aber diese Unterstützung könnte für einen Sieg nicht reichen, wenn Poroschenko nicht gegen den eindeutig pro-russischen Kandidaten des Oppositionsblockes, Juri Boiko, sondern gegen die kluge Populistin Julia Timoschenko antreten muss, die gemäßigt nationalistische Parolen mit einer aggressiven Rhetorik des Sozialschutzes und der Bekämpfung der angeblich allmächtigen Oligarchen verbindet.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Über den Autor:

Volodymyr Kulyk ist Doktor der Politikwissenschaft und Senior Researcher am Institut für Politische und Ethnische Studien der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine.

Er ist Autor von drei Büchern und über 60 Aufsätzen in ukrainischen und westlichen Publikationen zu den Themen Sprachenpolitik und Mediendiskurs, Nationalitätenpolitik und der Erinnerungspolitik in der postsowjetischen Ukraine.

Zensur – wofür?

Von Heiko Pleines, Bremen

Einleitung

In der Ukraine werden – mit Verweis auf Propaganda und im Kontext der Sanktionen – derzeit schrittweise die rechtlichen Einschränkungen für die Verbreitung russischer Medien verschärft. Sowjetische Symbole und kommunistische Propaganda sind bereits seit 2015 per Gesetz verboten.

Zuletzt traf es im Mai 2017 per Präsidialerlass populäre russische Internetportale. Die offizielle Begründung bezog sich hier auf »Internetattacken in einem Informationskrieg«, wie etwa im Zuge der US-amerikanischen und französischen Präsidentschaftswahlen. Politischer Druck auf die Betreiber russischer Internetportale ist auch kein abwegiges Argument. Der Gründer des von dem Verbot betroffenen russischen Internetportals V-Kontakte – VK (das russische Facebook) –, Pawel Durow, hatte sich nach den russischen Protesten »Für faire Wahlen« 2011/12 geweigert, dem russischen Geheimdienst Zugang zu den Internetgruppen der Organisatoren der Proteste zu gewähren bzw. diese Gruppen zu schließen. Nach politischem Druck verkaufte er die Firma an den derzeitigen Eigentümer und ging ins Exil.

Gleichzeitig fällt auf, dass es dem ukrainischen Präsidenten mit seinem Erlass gegen die russischen Internetportale gelungen ist, die vorher heiß diskutierte Bekämpfung der Korruption, bei der der Präsident als Bremser auftritt, in den Schlagzeilen durch ein Thema zu ersetzen, bei dem er – zumindest seiner Wählergruppe – als Kämpfer für die richtige Politik erscheint.

Unabhängig von den Begründungen entsprechen die ukrainischen Maßnahmen einer Zensur, die bestimmte inhaltliche Positionen durch Verbote aus der öffentlichen Debatte fernhalten will. Sie haben auch in der Ukraine selber zu kontroversen Diskussionen geführt. Bereits vor dem aktuellen Verbot von Internetportalen erklärte fast die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung in einer repräsentativen Meinungsumfrage, dass »die Meinungsfreiheit in der Ukraine angegriffen wird« [Die Umfrage sowie weitere Dokumentationen zum Thema finden sich in den Ukraine-Analysen Nr. 182].

Um etwas Abstand von der tagesaktuellen Polemik zu gewinnen, möchte ich meinen Kommentar aber mit allgemeinen Gründen für Zensur beginnen, bevor ich dann den Sinn und die Angemessenheit der konkreten ukrainischen Maßnahmen diskutiere.

Zensur gibt es auch in Demokratien

Erst einmal gilt es festzuhalten, dass Zensur durchaus auch in Demokratien zum Einsatz kommt. Dabei geht

es nicht um Zensur im engen verfassungsrechtlichen Sinne einer staatlichen Kontrolle von Publikationen vor der Veröffentlichung, sondern – wie auch im Fall der Ukraine – um ein Verbot konkreter inhaltlicher Positionen oder bestimmter Publikationen.

In Deutschland steht so das Leugnen des Holocaust unter Strafe. Die Publikation von Hitlers »Mein Kampf« war bis vor kurzem mit rechtlichen Auflagen versehen. Von der Bundesregierung wird derzeit ein neues Gesetz gegen »Hasskommentare« vorbereitet. Politische Parteien, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden, können verboten werden. Ihre Publikationen und ihre inhaltliche Position werden damit aus der öffentlichen Debatte verbannt. Dahinter steht das Konzept der »wehrhaften Demokratie«, die nicht zulässt, dass Gegner der Demokratie unter Berufung auf demokratische Rechte die Demokratie abschaffen. Elemente der wehrhaften Demokratie sind im deutschen Recht aufgrund der Erfahrungen der Weimarer Republik relativ stark verankert.

Dadurch entsteht, wie jüngst auch das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren gezeigt hat, ein schwieriges Spannungsverhältnis zwischen demokratischen Grundrechten einerseits und Schutz der Demokratie vor ihren Gegnern andererseits. Das Bundesverfassungsgericht hat seine Ablehnung eines Verbotes der NPD damit begründet, dass die Partei zwar verfassungsfeindlich sei, aber nicht stark genug, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu gefährden. In gewisser Hinsicht geht es darum, nicht mit Kanonen auf Spatzen zu schießen.

Umgekehrt stellt sich aber auch die Frage, ob ein Verbot noch durchgesetzt werden könnte, wenn eine Partei bereits stark genug wäre, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu gefährden. Die »wehrhafte Demokratie« mag in der Lage sein, die Popularität verfassungsfeindlicher Positionen zu bremsen, solange diese noch marginal sind. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung keine Demokratie will, kann wohl auch Zensur nicht mehr helfen.

Dabei muss mitbedacht werden, dass Verbote immer das Potential haben, »Märtyrer« zu schaffen und dazu führen, dass sich Vertreter der verbotenen Meinung ausgeschlossen fühlen. Die resultierende Wahrnehmung von »Man darf es ja nicht sagen, aber ...« führt dazu, dass entsprechende Positionen nur noch dort diskutiert werden, wo sie unwidersprochen bleiben. Damit entsteht eine Art »Gegengesellschaft«.

Die Fragen der Verhältnismäßigkeit und der »Gegengesellschaft« sind auch für die Ukraine relevant.

Kanonen und Spatzen

Im Falle der Ukraine ist die Verhältnismäßigkeit der Zensurmaßnahmen mehr als fragwürdig. Sehr pauschal werden ganze Kategorien von Publikationen erfasst, etwa aktuelle russische Filme, russische Bücher oder jetzt von russischen Firmen organisierte soziale Netzwerke und Suchmaschinen im Internet. Der renommierte Vertreter der Charkiwer Menschenrechtsgruppe Jewgenij Zacharow etwa kommentierte, dass »Axt und Skalpell verwechselt worden sind«.

So wird im ukrainischen Fall nicht nur mit Kanonen auf Spatzen geschossen, sondern der Schuss geht manchmal auch nach hinten los. Prominentes Beispiel ist der letzte unabhängige russische Fernsehsender Doschd, der auch die russische Politik gegenüber der Ukraine kritisch reflektierte, der wegen seiner Haltung in Russland nur noch per Internet verbreitet werden kann und der in der Ukraine verboten wurde. Halya Coynash, ebenfalls von der Charkiwer Menschenrechtsgruppe, hat jetzt darauf hingewiesen, dass die im April 2017 verbotenen sozialen Netzwerke, etwa mit Postings russischer Soldaten, wichtige Beweise für die russischen Aktivitäten in der Ostukraine enthalten, die frei zugänglich sein sollten.

»Gegengesellschaft«

Politische Brisanz bekommen die – nach demokratischen Standards – unverhältnismäßig breit angelegten ukrainischen Zensurmaßnahmen dadurch, dass sie einen großen Teil der Bevölkerung betreffen. Die Zensurmaßnahmen, die begleitet werden von einer Förderung nicht nur der ukrainischen Sprache und Kultur, sondern auch des national-ukrainischen Geschichtsbildes, werden von dem Teil der ukrainischen Bevölkerung, der oft als pro-

russisch bezeichnet wird, als gegen sich gerichtet wahrgenommen. Dementsprechend ist in der eingangs zitierten Umfrage die Zustimmung zu der Aussage, dass die Meinungsfreiheit in der Ukraine angegriffen werde, im von der ukrainischen Regierung kontrollierten Teil der Ostukraine deutlich höher als im Rest des Landes.

Bis zum Euromaidan zeigten repräsentative Umfragen über viele Jahre ein ungefähres Gleichgewicht zwischen Russisch und Ukrainisch als Alltagssprache, zwischen der Befürwortung einer Integration mit der EU oder mit Russland sowie auch zwischen den Wahlergebnissen der entsprechenden politischen Lager. Der Konflikt mit Russland hat durch einen Stimmungsumschwung und durch den Verlust eines Teils der prorussischen Bevölkerung im Zuge der De-facto-Gebietsverluste den Anteil der prorussischen Positionen in der Ukraine deutlich reduziert. Trotzdem ist in aktuellen Umfragen ihre politische Vertretung, der Oppositionsblock, zeitweise die stärkste Kraft (in einem von Politikverdross geprägten Umfeld).

Ausblick

Wenn die Ukraine nicht die Loyalität eines großen Teils ihrer Bevölkerung dauerhaft verlieren will, dann wären statt Zensur Argumente und Aufklärung erforderlich. Die wehrhafte Demokratie kennt so zum Beispiel auch das Konzept der politischen Bildung. Für den Umgang mit widersprüchlichen und emotional aufgeladenen Geschichtsbildern, die es in vielen Gesellschaften gibt, wäre etwa eine »Wahrheitskommission«, wie in Chile nach der Pinochet-Diktatur, eine Möglichkeit.

Überzeugen können nur Argumente. Verboten ist leichter. Die Quittung kommt in Demokratien aber oft bei der nächsten Wahl.

Über den Autor:

Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Krieg und Medienfreiheit

Von Gerhard Simon, Köln

Die Medienfreiheit ist ein hohes Gut, ohne sie gibt es keine Demokratie. Dabei ist Medienfreiheit stets die Freiheit der anderen, die meine Meinung nicht teilen. Der Krieg aber ist der Feind der Medienfreiheit. Die Ukraine ist gezwungen, unter den Bedingungen des Krieges den Weg der Demokratie zu wagen. Kann das gelingen, zumal die von Russland gesteuerte Medienaggression ein zentra-

ler Kriegsschauplatz in diesem sogenannten hybriden Krieg ist?

Es sei daran erinnert, dass alle ukrainischen Massenmedien unmittelbar nach der Besetzung der Krim und des östlichen Donbass 2014 abgeschaltet bzw. verboten wurden. Im öffentlichen Informationsraum in den okkupierten Gebieten sollten keine ukrainischen Medien existieren. Von Anfang an spielte also der Medienkrieg eine zentrale Rolle.

Jetzt hat die Ukraine ihrerseits teilweise nachgezogen. Seit längerem sind staatliche russische Radio- und TV-Sender in der Ukraine nicht mehr zu empfangen. Im Mai 2017 wurden nun auch beliebte und populäre russische soziale Netze und Suchmaschinen auf ukrainischem Territorium abgeschaltet. Nach dem empörten ersten Aufschrei der ukrainischen Zivilgesellschaft und vieler Aktivisten scheint sich der Protest in rationalere Bahnen zu bewegen. Es stellt sich nämlich zweierlei heraus: Für die nicht mehr erreichbaren russischen Websites ist leicht Ersatz zu finden. Millionen von Nutzern haben bereits auf Facebook und andere, ukrainische, Netze umgestellt. Der Ukraine droht keineswegs ein Internet-Blackout.

Zum anderen aber räumen auch Kritiker der plötzlichen und von der Regierung unzureichend medial kommunizierten Abschaltung ein, dass die von der Regierung vorgebrachten Argumente begründet sind: V-Kontakte und Odnoklassniki sind ebenso wie Yandex und Mail.ru verpflichtet, den russischen Sicherheitsdiensten Nutzerdaten zur Verfügung zu stellen. Seit Beginn des Krieges haben auch ukrainische Soldaten selbst dem Gegner immer wieder Informationen über die sozialen Netzwerke zugänglich gemacht, manchmal mit fatalen Folgen.

Dennoch bleiben gewichtige Einwände gegen den Erlass von Präsident Poroschenko vom 15. Mai 2017 bestehen, mit dem insgesamt 468 juristische und 1.228 natürliche Personen mit unterschiedlich ausgestalteten Restriktionen und Sanktionen belegt wurden. Sind diese Maßnahmen in allen Fällen ausreichend begründet? Sind sie angemessen? Werden die Sanktionen gerichtlicher Nachprüfung standhalten?

Ein weiteres Argument gegen das jetzige Abschalten russischer Websites lautet: Es war seit langem bekannt, dass die Nutzerdaten russischer sozialer Netze von russischen Sicherheitsdiensten abgefischt und ausgewertet werden. Warum geht die ukrainische Regierung erst jetzt dagegen vor? Schwer nachzuvollziehen ist, dass Präsident Poroschenko seinen persönlichen Account bei V-Kontakte öffentlich mit einem letzten Eintrag schloss, als handelte es sich um den Abschied von einer Spielwiese.

Mit Nachdruck ist von ukrainischen Juristen argumentiert worden, dass der Erlass des Präsidenten nicht ausreichend juristisch abgesichert war. Es hätte zuerst eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden müssen, die wohl jetzt im Nachhinein geliefert wird. Im Übrigen, argumentiert Marina Stavnijchuk, ehemaliges ukrainisches Mitglied der Venedig-Kommission, seien für die Informationssicherheit auf dem Territorium der

Ukraine ukrainische Gerichte zuständig, die offenbar bislang nicht angerufen worden sind.

Die spontanen und die weniger spontanen Proteste gegen die Eingriffe der Regierung in die Internetfreiheit haben über die konkreten Argumente hinaus ihren Grund in einem generellen Misstrauen gegenüber der Regierung, deren Ansehen sinkt und sinkt. Manche Kritiker befürchten, das Abschalten von russischen Websites könnte der erste Schritt auf dem Weg zum Ende der Medienfreiheit in der Ukraine überhaupt sein und das Land in Richtung des Putinschen Russlands treiben. Hier zeigt sich, in wie verhängnisvoller Weise der Krieg die Lebensverhältnisse bestimmt, Reformen erschwert und die Ukraine verwundbar macht. Gerade dies aber dürfte im Interesse der Kriegsgegner sein, deren Ziel die Ukraine als *failed state* ist.

Die restriktiven Eingriffe in das russische Internet gehören also in den Zusammenhang der Verschärfung des Krieges mit Russland. Der Krieg im Donbass geht in das vierte Jahr; täglich sind Tote und Verwundete an der sogenannten Kontaktlinie zu beklagen. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Weil die Ukraine keine Möglichkeit hat, an der militärischen Lage Entscheidendes zu ändern, verlagert sich der Krieg zunehmend auf nichtmilitärische Schauplätze, die bislang vom Krieg mehr oder weniger unberührt geblieben waren. Im März 2017 wurde der halblegale Warenverkehr zwischen den okkupierten und den nichtokkupierten Teilen des Donbass per Präsidialerlass verboten, nachdem ukrainische Freiwillige einen Boykott des von ihnen als Schwarzmarkt wahrgenommenen Anthrazithandels durchgesetzt hatten, der offenbar hauptsächlich ukrainischen Oligarchen zugutekam.

Der ukrainisch-russische Sprachenkonflikt verschärft sich durch ein neues Sprachengesetz, das Mindestquoten für die ukrainische Sprache in Fernsehen und Rundfunk vorschreibt. Es ist abzusehen, dass die Restriktionen auch in weiteren Bereichen zunehmen werden, etwa im verbliebenen Personen- und Warenverkehr zwischen der Ukraine und Russland. Es ist im Grunde erstaunlich, dass bislang noch immer visafreier Reiseverkehr besteht. So begünstigt die militärische Pattsituation die zunehmende Konfrontation in nichtmilitärischen Bereichen. Die Ukraine und Russland treten immer weiter auseinander. Die jahrhundertealte Verflechtung der beiden größten ostslawischen Völker geht zu Ende. Wie die Versöhnung nach dem Krieg aussehen kann, liegt in einer unbekanntem Zukunft.

Über den Autor:

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker. Er war Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an den Universitäten Köln und Bonn.

Poroschenko ist kein Demokrat

Von Denis Trubetskoi, Kiew

Nein, große Illusionen gab es auch vor drei Jahren nicht, als Petro Poroschenko ins Amt des ukrainischen Präsidenten gewählt wurde. Als einer der bemerkenswertesten Vertreter der großen Wirtschaft sowie als Veteran der modernen ukrainischen Politik konnte der heute 51-Jährige gerade bei den Ukrainern nicht erfolgreich als echter Demokrat rüberkommen. Die Hoffnungen im In- und Ausland waren trotzdem gewaltig. Schließlich konnte es sich Poroschenko nach der Maidan-Revolution trotz seiner fragwürdigen Vergangenheit nicht erlauben, in einer ähnlichen Manier wie sein Vorgänger Wiktor Janukowitsch zu regieren.

Zugegeben: Dies ist auch drei Jahre später nicht erfolgt. Denjenigen, die Poroschenko als besten Präsidenten in der Geschichte der Ukraine bezeichnen, ist nur wenig entgegenzuhalten, obwohl das allein angesichts der Konkurrenz kein Kompliment ist. Doch während Poroschenko bei seinen Auslandsbesuchen in die EU und die USA ständig die liberalen Werte beschwört und demokratische Reformen lobt, ist von diesen in Kiew und Umgebung nur wenig zu spüren. Im Gegenteil: Je länger Poroschenko und seine Präsidialverwaltung an der Macht sind, desto merkwürdiger scheint deren Verständnis von Demokratie zu sein.

Ein Paradebeispiel dafür ist die neuerliche Entscheidung, den Zugang zu mehreren russischen Webseiten, darunter die sozialen Netzwerke VK und Odnoklassniki sowie die Google-Pendants Mail.ru und Yandex zu sperren. Am Tag vor der Veröffentlichung des entsprechenden Erlasses sprach Poroschenko noch von der »beispiellosen Meinungsfreiheit«, die in der Ukraine herrsche. Dann, am späten Montagabend, folgte die völlig überraschende Entscheidung. Natürlich gibt es berechtigte Argumente für die Sperrung russischer Webseiten. Dass russische Geheimdienste Zugang zu Daten von VK oder Yandex haben, ist offensichtlich.

Allerdings muss man dabei zum einen bedenken, dass die gleichzeitige Sperrung von vier Webseiten der Top Ten des ukrainischen Internets selbst die Zensurmaßnahmen übertrifft, die Russland im Internet anwendet. Zum anderen ist hier nicht die Entscheidung an sich das Hauptproblem, sondern die Art und Weise, wie sie getroffen wurde. Leider ist es längst zum Stil der Präsidialverwaltung geworden, wichtige Entscheidungen ohne jegliche öffentliche Diskussion zu treffen. Schließlich wurde der umstrittene Entschluss, der viel Aufsehen erregt hat, einen Tag lang von keinem Offiziellen kommentiert. Bis heute hat niemand, auch

Poroschenko nicht, die Gründe der Sperrung ausführlich erklärt. Viel mehr als »russische Cybergefahr« ist aus der Präsidialverwaltung sowie aus dem Sicherheitsrat nicht zu hören.

Dass Poroschenko deutlich autoritärer regiert, dass seine Präsidialverwaltung frei nach dem russischen Beispiel oft eine größere Rolle spielt als die eigentliche Regierung, ist zumindest merkwürdig. Dabei lässt sich aus inhaltlicher Sicht keine allgemeine Strategie des Präsidenten feststellen. So bleibt etwa Poroschenkos Handeln während der von proukrainischen Aktivisten organisierten Donbass-Blockade unverständlich. Rund drei Monate lang haben Poroschenko und Ministerpräsident Hrojsman die Organisatoren der Blockade hart kritisiert. Letztlich unterstützte der Staat das Handelsverbot mit den besetzten Gebieten im Donbass, doch Hrojsman und Poroschenko sprechen noch immer vom negativen Einfluss der Blockade auf die ukrainische Wirtschaft.

Eine klar erkennbare Logik steckt dahinter nicht. Allerdings wird in letzter Zeit immer deutlicher, dass Poroschenko und seine Präsidialverwaltung zunehmend auf den politisch aktiven patriotischen Teil der Zivilbevölkerung setzen. Dieser wird seinerseits in der Einstellung gegenüber Russland radikaler – und fordert härtere Maßnahmen als bisher. Zudem achtet Poroschenko zwei Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen deutlich stärker auf die Umfragewerte, bei denen er an Beliebtheit einbüßt – mittlerweile liegt Julia Timoschenko leicht vor ihm. Natürlich hat der 51-Jährige immer noch die besten Chancen, sein großes Ziel zu erreichen – er will 2019 unbedingt wiedergewählt werden. Dafür muss er jedoch bereits jetzt liefern.

Dabei gibt es mindestens zwei Probleme, die über die Person Poroschenko hinausreichen. Das Machtsystem, das er aufbaut, hat immer weniger mit Demokratie zu tun. Und es geht nicht nur um die Intransparenz beim Treffen richtungsweisender Entscheidungen. Poroschenko und sein Team versuchen offensichtlich, sich eine de facto nicht existierende Mehrheit im Parlament durch Manipulation zu beschaffen. Außerdem werden teils erfolgreiche Versuche unternommen, noch weitere Medien unter die Kontrolle des Präsidenten zu bringen. Ob man deswegen von Poroschenko als dem Demokraten sprechen kann, als den er sich in Brüssel oder in Berlin so gerne ausgeben möchte? Eher nicht.

Auf der anderen Seite braucht die Ukraine heutzutage, drei Jahre nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges im Donbass, eine emotions-

lose und rationale Politik. Mit seinem Versuch, ukrainische Patrioten und ihre Emotionen anzusprechen, handelt Petro Poroschenko nicht unbedingt richtig. Denn

ein Präsident, der in einen offenen Wettbewerb mit ukrainischen Hardlinern einsteigt, ist das Letzte, was die Ukraine heute gebrauchen kann.

Über den Autor:

Denis Trubetskoy ist freier Politik- und Sportjournalist für deutsch- und russischsprachige Medien in Kiew. Er ist in Sewastopol auf der Krim geboren und studierte Journalistik an der Lomonossow-Universität in Sewastopol und Moskau. Er widmet sich verschiedenen Themen rund um die Ukraine, Russland sowie den postsowjetischen Raum und arbeitet unter anderem für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, den Mitteldeutschen Rundfunk, die Jüdische Allgemeine, das Neue Deutschland, das Korrespondentennetzwerk N-ost und Zeit Online.

Reflexive Kontrolle als Königsdisziplin russischer hybrider Kriegführung: ukrainische Entscheidungsgespäße in einem »nichtlinearen« Konflikt

Von Andreas Umland, Kiew

Der kürzliche radikale Eingriff des ukrainischen Staates in das Funktionieren russland-basierter sozialer Netzwerke und Webseiten in der Ukraine setzt frühere nichtmilitärische Maßnahmen Kiews zur Schwächung der Soft Power, ökonomischer Hebel, Geheimdienstaktivitäten usw. des Kremls im russisch-ukrainischen Konflikt fort. Etliche der ukrainischen Verbote und Sanktionen gegenüber verschiedenen russischen Akteuren und Strukturen seit 2014, so auch das Verbot der sozialen Netzwerke und Webseiten, sind sowohl unter ethisch-moralischen als auch unter politisch-pragmatischen Gesichtspunkten kritikwürdig. Vor allem reduzieren die immer neuen Informations-, Handels- und anderen Blockaden Kiews die Kontakte und den Austausch von Ukrainern mit Staatsbürgern Russlands, die nicht in Moskaus verdeckten Krieg gegen die Ukraine involviert sind und diesen womöglich sogar verurteilen. Sie vermindern damit auch ukrainische Soft Power in Russland und behindern Kommunikation mit möglichen Bündnispartnern dort. Oft ist nicht klar, ob und inwieweit diese ukrainischen Maßnahmen tatsächlich einen Effekt im Sinne der offiziellen Argumentation und der Rechtfertigung ihrer Einführung haben. So erschwert zum Beispiel die Behinderung von russland-basierten Netzwerken und ähnlichen Diensten nun auch die Kommunikation zwischen Ukrainern in und außerhalb der Ukraine, wobei der Nutzen der leicht umgeharen Webblockade für die Abwehr russischer Einflussnahme strittig ist. Wie auch bei früheren ähnlichen Maßnahmen steht die ukrainische Führung sowohl im In- als auch im Ausland unter mehr oder minder berechtigter Kritik von Politikern, Bürgerrechtlern, Experten, Diplomaten usw.

Die Zweckmäßigkeit und Berechtigung der sich häufenden ukrainischen Verbote wirft immer öfter die Frage nach deren tatsächlicher Funktion auf, zumal das westliche Vertrauen in den Reformwillen der Poroschenko-Administration sinkt. Dennoch bleibt das Grundproblem der Durchführung bzw. Unterlassung dieser Maßnahmen bestehen – nämlich die Frage, wie sich ein Staat unter Bedingungen prononciert hybrider Kriegführung verhalten soll. Anders als in klassischen Kriegen, die freilich auch mit nichtmilitärischen Mitteln ausgetragen werden, besteht der entscheidende Trick der fortgesetzten »nichtlinearen« russischen Attacke auf den ukrainischen Staat aus weitestmöglicher Umgehung oder zumindest Verschleierung der Anwendung roher Waffengewalt. Dies ist vermutlich ein Vorgehen, das vom Kreml einerseits aus freien Stücken und andererseits gezwungenermaßen gewählt wurde. Zum einen ist der ukrainische Staat sowohl von seiner Verfassung und seinen Ressourcen her als auch bezüglich seiner internationalen Einbettung und Außendarstellung Russland derart unterlegen, dass sich eine Vermeidung riskanterer militärischer Interventionen und stattdessen eine hochaktive Nutzung nichtmilitärischer Instrumente zu seiner Untergrabung anbietet. Hinzu kommt, dass Russland und die Ukraine durch ihre lange gemeinsame Zugehörigkeit zunächst zum Zaren- und später zum Sowjetreich bis heute eng miteinander verbunden bleiben. Die Vielfalt an weiterhin existenten Kanälen zwischen den beiden kriegführenden Ländern offeriert dem Kreml eine breite Palette an Einflussmöglichkeiten, Hebelkräften und Spielwiesen, welche vom Westen häufig nur unvollständig erkannt und verstanden werden.

Zum anderen soll mit der Konzentration auf nichtmilitärische psychologische, ökonomische, kulturelle,

informationstechnische usw. Kriegführung – neben der fortgesetzten *low-intensity warfare* im nur scheinbar eingefrorenen Konflikt im Donezbecken – der Fakt eines fortgesetzten Krieges in Europa und der russischen Verantwortung für ihn möglichst weit heruntergespielt werden. Diese Gratwanderung des Kremls ist unter anderem durch die weiterhin enge Vernetzung der russischen Wirtschaft mit dem Westen und damit zusammenhängender Verwundbarkeit gegenüber westlichen Sanktionen bedingt. Auch muss sich die Kremlführung aufgrund der Unpopularität eines etwaigen offenen Angriffs Moskaus auf ein Brudervolk in der russischen Bevölkerung zurückhalten. So besteht für den Kreml das größte Risiko eines auch in Russland allmählich um sich greifenden Verantwortungsgefühls für den Abschuss eines malaysischen Passagierflugzeugs am 17. Juli 2014 nicht so sehr in daraus resultierender nationaler Scham für diese offenbar unbeabsichtigte Massentötung. Noch problematischer wäre an einer breiten russischen Anerkennung von Moskaus Schuld für dieses Verbrechen, dass damit auch zugegeben werden müsste, dass die russische Armee bereits im Juli 2014 mit schwerer Militärtechnik auf ukrainischem Staatsgebiet präsent war. Dies würde die auch im Westen bislang erstaunlich erfolgreiche Mär vom Bürgerkrieg, in den sich Russland erst spät und quasi gezwungenermaßen eingemischt habe, untergraben.

Vor diesem Hintergrund instrumentalisiert der Kreml eine Vielzahl nichtmilitärischer Mittel, Strukturen und Institutionen zur Unterwanderung, Diffamierung und Frustrierung der Ukraine – von supermodernen Informationstechnologien über massive Propagandakampagnen im Stile der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts bis zu traditionellen Institutionen wie der Russischen Orthodoxen Kirche. Der Kreml benutzt hier zudem ganz offensichtlich die KGB-erprobte Methode der »reflexiven Kontrolle«, mittels derer der Gegner zu Handlungen provoziert bzw. sogar getrieben werden soll, die letztlich eher dem Kreml als dem Aggressionsopfer nützen. Ein Beispiel ist die

Nominierung einer behinderten russischen Sängerin für den Kiewer Eurovisionswettbewerb 2017, die stattfand, obwohl der Kreml wusste, dass dieser Sängerin aufgrund eines früheren Auftritts auf der besetzten Krim und ihres damit zusammenhängenden illegalen Grenzübertritts auf ukrainisches Staatsterritorium vermutlich die Einreise in die Ukraine verweigert werden würde (s. den Beitrag von Dr. Anton Shekhovtsov in den *Ukraine-Analysen* 183). Kiew sah sich zur Aufrechterhaltung seiner offiziellen Position zur Krim-Annexion tatsächlich gezwungen, der Sängerin die Teilnahme am internationalen Wettbewerb in Kiew zu verweigern, und etliche internationale Medien sowie andere Beobachter verurteilten die ukrainische Führung mehr oder minder stark für ihr scheinbar diskriminierendes Verbot. Sowohl die Reaktion der ukrainischen Führung als auch die Reflexe etlicher »unbeteiligter« Beobachter waren ganz offensichtlich vom Kreml gewollt. Solche Operationen und diese Ergebnisse stellen die Idealvariante russischer »aktiver Maßnahmen« dar.

Wann, wo, wie und inwieweit der ukrainische Staat auf die diversen russischen Unterwanderungsaktionen reagieren soll, ohne mit seinen Gegenmaßnahmen noch größeren Schaden anzurichten, ist daher eine Frage, die sich in Kiew fast täglich stellt. Eine zielführende Fällung und Durchführung entsprechender Entscheidungen wird dadurch verkompliziert, dass die Qualifikation vieler ukrainischer Staatsbeamter – vor allem aufgrund der niedrigen staatlichen Gehälter – zu wünschen übriglässt. Hinzu kommt, dass solche Kontraaktionen teils auch innenpolitischen Dynamiken folgen und manchmal eher Ausdruck von öffentlichen Patriotismuswettbewerben als der Implementierung wohldurchdachter Gegenstrategien sind. Das Anheizen solcher innenpolitischen Spannungen, nationalistischen Überhöhungen und emotionalen Diskussionen ist im Sinne des Kremls. Bleibt zu hoffen, dass die Ukrainer einen kühlen Kopf behalten und sich trotz des fast täglichen Blutzolls des Krieges nicht zu weiteren Überreaktionen verleiten lassen.

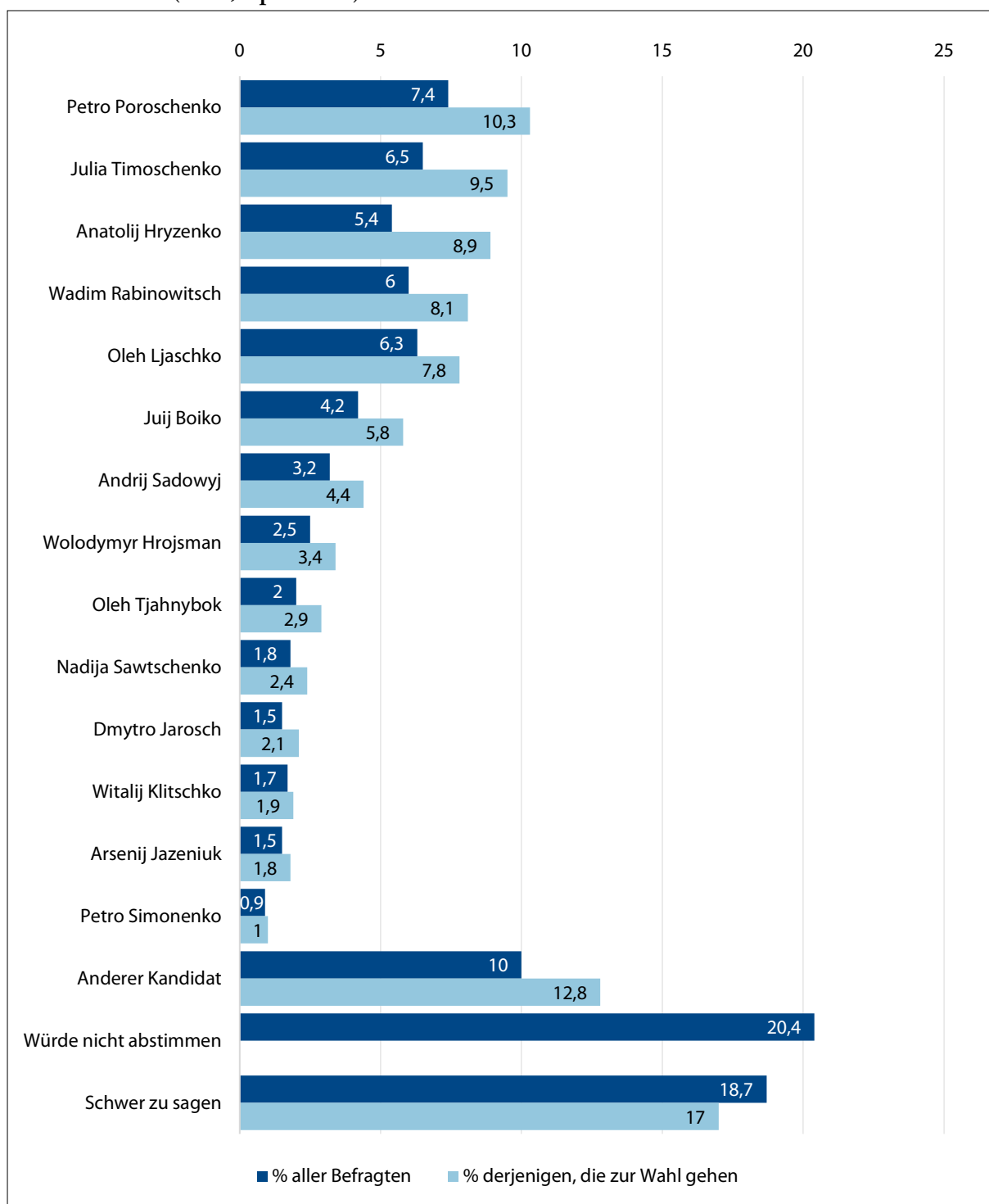
Über den Autor:

Andreas Umland, Dr. phil., Ph. D., ist Senior Research Fellow am Institut für Euro-Atlantische Kooperation Kiew sowie Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« und Mitherausgeber des »Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society«, beide vom ibidem-Verlag Stuttgart herausgegeben und von Columbia University Press New York außerhalb Europas vertrieben.

UMFRAGE

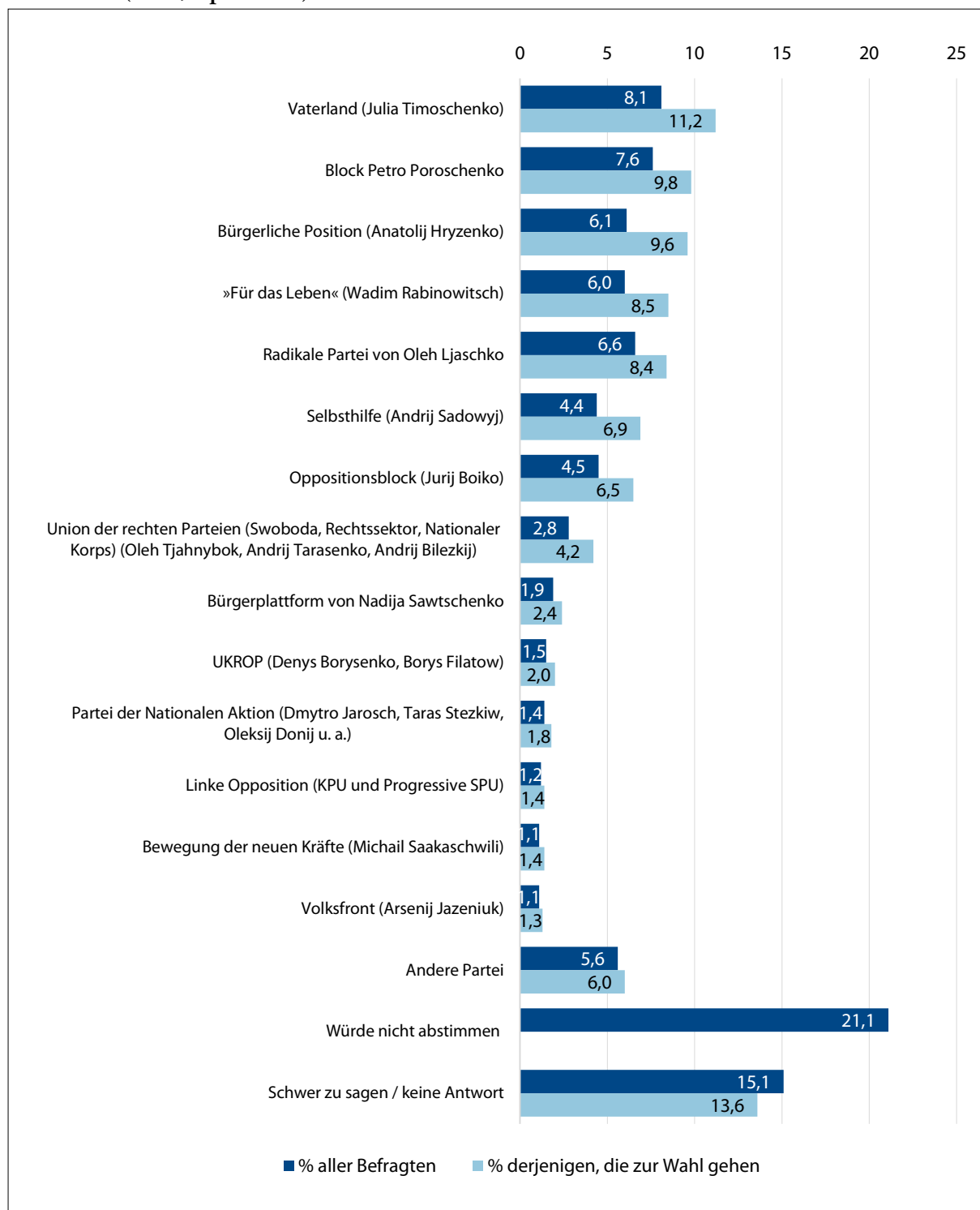
Aktuelle Wahlrends

Grafik 1: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (in %, April 2017)



Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 21. bis zum 26. April 2017 (N=2018, außer Krim und Teile des Donbass), <<http://razumkov.org.ua/uploads/socio/Press0417.pdf>>

Grafik 2: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Parlamentswahlen wären?
(in %, April 2017)

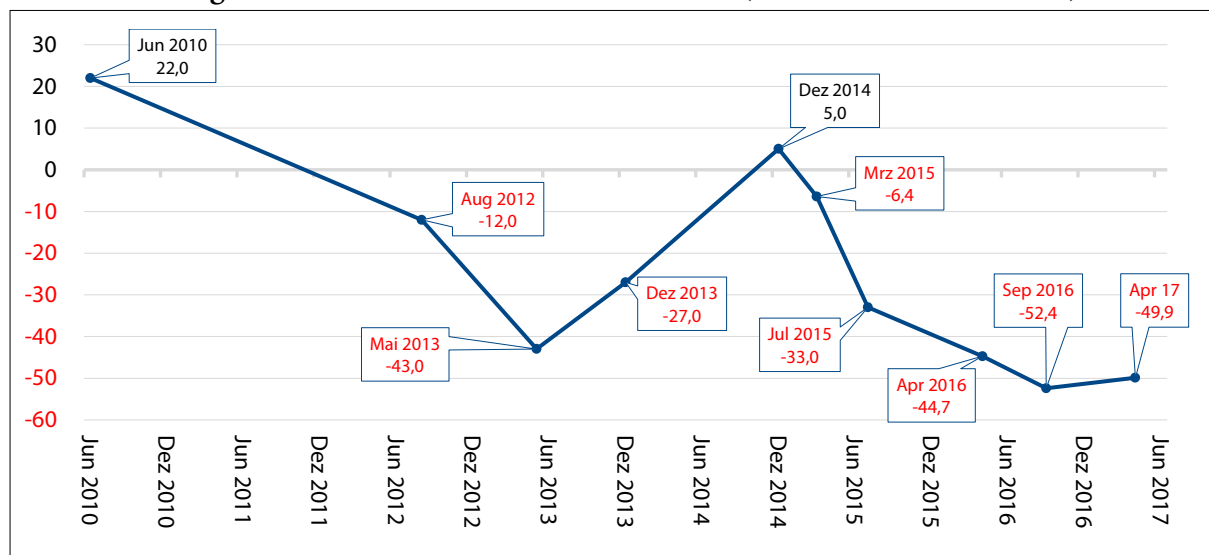


Anmerkung: Hier sind nicht alle, sondern nur die wichtigsten Parteien aufgelistet. Für die Originaldaten siehe Quelle.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 21. bis zum 26. April 2017 (N=2018, außer Krim und Teile des Donbass), <<http://razumkov.org.ua/uploads/socio/Press0417.pdf>>

Unterstützung des Präsidenten

Grafik 1: Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Präsidenten? (Vertrauensbalance*, in %)



* Differenz zwischen den Antworten »Vertraue dem Präsidenten völlig« / »Vertraue dem Präsidenten eher« und »Vertraue dem Präsidenten gar nicht« / »Vertraue dem Präsidenten eher nicht«

Quelle: repräsentative Umfragen des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) und des Razumkov-Zentrums (siehe Ukraine-Analysen Nr. 169, S. 12; <http://old.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=1143>; <<http://razumkov.org.ua/uploads/socio/Press0417.pdf>>)

STATISTIK

Die Gesetzesinitiativen von Präsident Poroschenko: Wie erfolgreich sind sie?

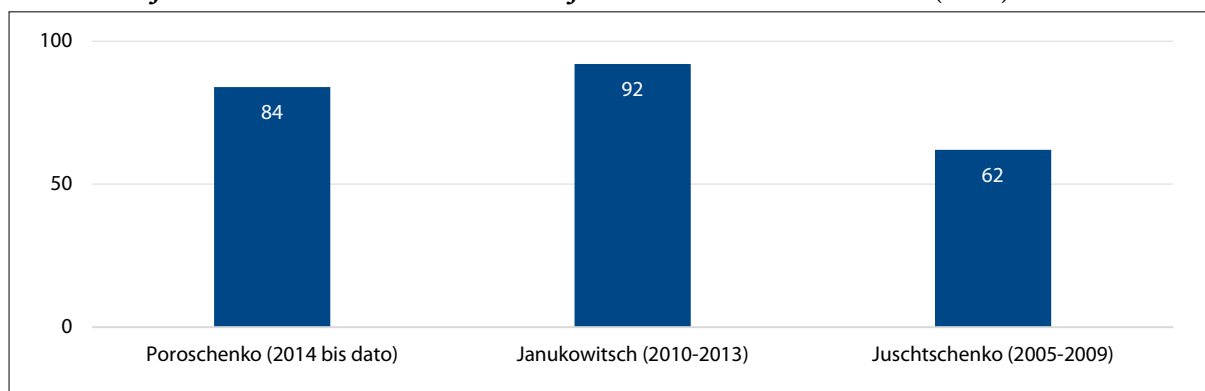
Tabelle 1: Erfolg der Gesetzesinitiativen von Präsident Poroschenko

	Gesetzentwürfe gesamt	davon verabschiedet	Erfolgsquote, %
Präsident	111	93	84
Regierung	307	71	23
Parlament	4.476	326	7

Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf drei Jahre Präsidentschaft Petro Poroschenkos (Mai 2014–Mai 2017).

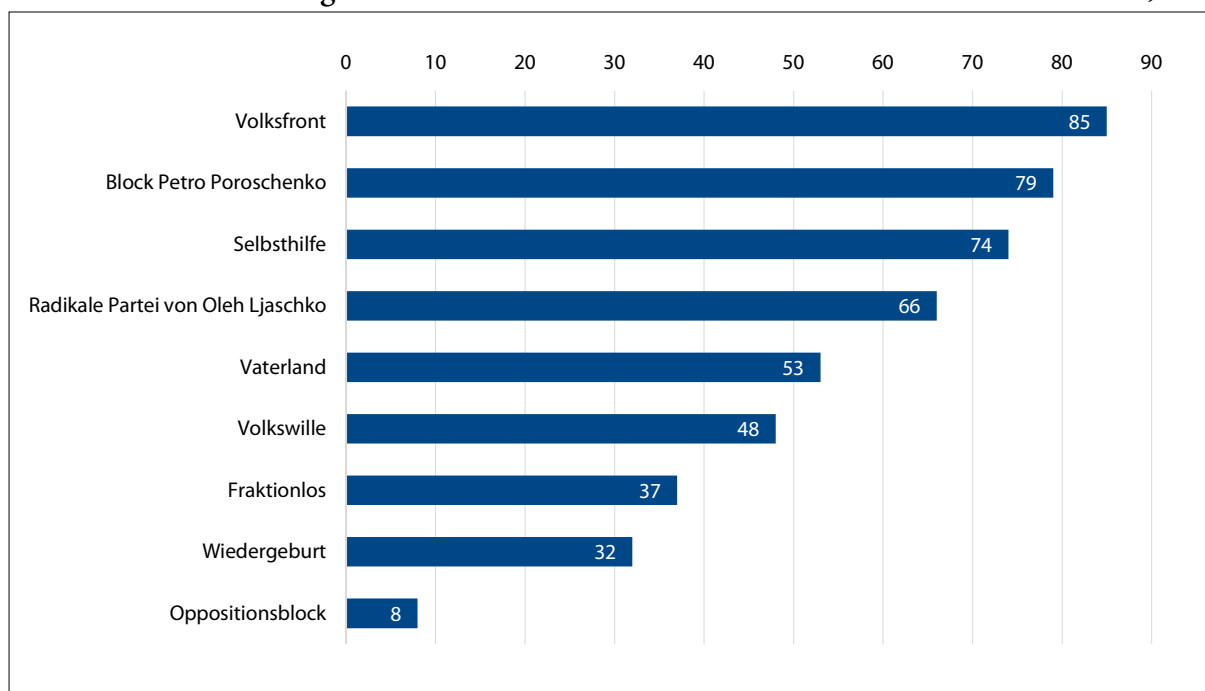
Quelle: NGO »Komitee der Wähler der Ukraine« (KWU), <<http://www.cvu.org.ua/nodes/view/type:news/slug:zvity-kvu-try-roky-prezydentstva-p-poroschenka-iaki-zakony-pidtrymuie-ta-iaki-blokuie-prezydent>>.

Grafik 1: Erfolgsquote der Gesetzesinitiativen der Präsidenten Poroschenko, Janukowitsch und Juschtschenko in den ersten drei Jahren ihrer Präsidentschaft (in %)



Quelle: NGO »Komitee der Wähler der Ukraine« (KWU), <<http://www.cvu.org.ua/nodes/view/type:news/slug:zvut-kvu-try-roky-prezydentstva-p-poroshenka-iaki-zakony-pidtrymuie-ta-iaki-blokuie-prezydent>>.

Grafik 2: Unterstützung der Gesetzentwürfe von Präsident Poroschenko nach Fraktionen, %*



* durchschnittlicher Anteil der Abgeordneten der Fraktion, die für Gesetzentwürfe des Präsidenten gestimmt haben

Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf drei Jahre Präsidentschaft Petro Poroschenkos (Mai 2014–Mai 2017).

Quelle: NGO »Komitee der Wähler der Ukraine« (KWU), <<http://www.cvu.org.ua/nodes/view/type:news/slug:zvut-kvu-try-roky-prezydentstva-p-poroshenka-iaki-zakony-pidtrymuie-ta-iaki-blokuie-prezydent>>.

Eine Debatte um die historische Verantwortung Deutschlands für die Ukraine im Deutschen Bundestag zeigt deutlich die Krise der Begriffe

Von Ljudmyla Melnyk, Berlin

Einleitung

Am 19. Mai 2017 wurde im Deutschen Bundestag über den Antrag zur historischen Verantwortung Deutschlands für die Ukraine diskutiert. Der Antrag wurde von Marieluise Beck initiiert und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebracht. Trotz der inhaltlichen Zustimmung zur historischen Verantwortung Deutschlands für die Ukraine wurde der Antrag in dieser Phase der Debatte nicht angenommen. Stattdessen wurde er zur weiteren Bearbeitung an den Auswärtigen Ausschuss weitergeleitet. Mit dem Antrag verfolgt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Ziel, die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber der Ukraine zu stärken und »sich bilateral und im Rahmen der internationalen Institutionen weiter für eine aktive Unterstützung der Ukraine einzusetzen und mithilfe von Bildungsarbeit und Kulturprojekten in der Ukraine Erinnerungsdialoge und ein verantwortungsvolles Gedenken und Erinnern an die Geschichte zu fördern«. Die Forderung ist dadurch begründet, dass im 20. Jahrhundert kaum ein europäisches Land solch »eine leidvolle und tragische Geschichte« wie die Ukraine hatte. Die Ukraine sei ein Schauplatz des russischen Bürgerkrieges, deren Anfang das Jahr 1917 markierte, des Holodomor (Hungersnot in den Jahren 1932/33) sowie des Zweiten Weltkrieges und dessen Folgen gewesen.

Hauptschwerpunkte des Antrags und Debatte im Bundestag

Aus der Rede von Marieluise Beck am 19. Mai geht vor allem hervor, dass trotz der im Antrag genannten Ereignisse Belarus, Polen, Litauen, Lettland, Estland und auch die Ukraine in Deutschland kaum als »Bloodlands« – mit Blick auf den Begriff des amerikanischen Historikers Timothy Snyder – wahrgenommen werden. Stattdessen werde in der deutschen Öffentlichkeit vorrangig Russland als Opfer mit dem deutschen Vernichtungskrieg in Verbindung gebracht. Durch Propaganda versuche Russland, diese Wahrnehmung zu verstärken und die Ukraine »pauschal als Nazikollaborateur« darzustellen. Abschließend appellierte Marieluise Beck an den Bundestag, Themen wie die ukrainische Zwangsarbeit, die im kollektiven Gedächtnis Deutschlands ebenfalls nur wenig Platz habe, aufzuarbeiten und zusätzliche Debatten zu dem Antrag zu führen.

In der Debatte wurde deutlich, dass die überwiegende Anzahl der Redner den Antrag der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen inhaltlich unterstützt und die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber der Ukraine anerkennt. Von den Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde betont, dass es wichtig sei, die deutsche Geschichte mit Blick auf die Ukraine aufzuarbeiten. Dr. Fritz Felgentreu (SPD) sagte in diesem Zusammenhang, dass es vielen noch schwerfalle, »die Ukraine überhaupt als europäisches Land mit eigener Identität und eigener Geschichte angemessen wahrzunehmen«. Dr. Hans Peter-Uhl (CDU/CSU) hob hervor, die »so lange gewohnte Wahrnehmung der Ukraine als Teil der Sowjetunion hindert bisweilen daran, sich der historischen Identität als Grundlage eines souveränen Staates bewusst zu sein, eines Staates mit eigener Geschichte, mit eigener Sprache, mit eigenen Sitten und Bräuchen«, und forderte dazu auf, das Wissen über die Ukraine in Deutschland zu stärken und dies als historische Verantwortung wahrzunehmen.

Der Begriff der historischen Verantwortung wurde zudem durch andere Dimensionen erweitert. Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD) sagte mit Blick darauf, dass man alles tun müsse, um »jeder Debatte, die zum Ziel hat, unsere historische Verantwortung zu relativieren, entschieden entgegen[zu]treten«. Sie fügte außerdem hinzu, dass die historische Verantwortung auch darin bestehe, »den Bürgerkrieg in der Ostukraine« zu beenden. Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU) sah eine »historisch-moralische Verpflichtung« darin, »die Ukraine am europäischen Friedenswerk zu beteiligen«, die auch von Elisabeth Motschmann (CDU/CSU) als »Blick nach vorne« bezeichnet wurde. Sie forderte zudem dazu auf, »der russischen Propaganda entgegen[zu]treten, die den Maidan als Werk militanter Rechtsextremisten diffamiert«. Auch die Gründung der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission im Jahr 2014 wurde von der CDU/CSU-Fraktion ausdrücklich positiv hervorgehoben.

Trotz der inhaltlichen Zustimmung stieß der Antrag auf wesentliche Kritikpunkte, die dessen Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag in Frage stellen. Die SPD hob hervor, dass solch ein Antrag einen Konsens aller Fraktionen benötige. Es wurde von der CDU/CSU und der SPD-Fraktion vorgeschlagen, den Antrag zu überarbeiten und seine Inhalte in den Antrag zur Östlichen Partnerschaft einfließen zu lassen. Auch wurden die isolierte Betrachtung der Ukraine und der Ausschluss von Ländern wie Polen, Belarus und den baltischen Staaten, die im Zweiten Weltkrieg ebenfalls

viel Leid erfahren haben, kritisiert. Gleichzeitig wurde gefordert, keinen »geschichtspolitischen« Antrag einzubringen, sondern einen, der beide Perspektiven, »die historische und die aktuelle«, verbinde und sich auf die Weiterentwicklung der Östlichen Partnerschaft konzentriere. Die Fraktion Die Linke forderte zudem, »eine Politik des Friedens und des Ausgleichs« gegenüber Russland und der Ukraine zu entwickeln.

Die Krise der Begriffe

Die Debatte im Bundestag zur historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber der Ukraine ist ohne Zweifel ein historisches Ereignis, welches die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine auszeichnet und sie weiter prägen wird. Es fällt allerdings auf, dass sie die andauernde Krise der Begriffe um die Ukraine widerspiegelt, die möglicherweise auf folgende fünf Gründe zurückzuführen ist: Als erstes auf die Tatsache, dass die Ukraine erst seit 1991 unabhängig ist und viele Jahrzehnte als Teil der Sowjetunion wahrgenommen wurde. Zweitens führte eine langjährige deutsche Ostpolitik, die eine Versöhnung mit der Sowjetunion anstrebte und sich auf Russland konzentrierte, zu einem mangelnden Verständnis für die Ukraine und einer fehlenden Wahrnehmung des Landes als souveräner Staat. Drittens trug die nicht vorhandene auswärtige Kulturpolitik der Ukraine zu einem verschwommenen Bild der Ukraine im Ausland bei. Viertens führten das Fehlen bilateraler Plattformen zwischen Deutschland und der Ukraine bis 2014 – eine Ausnahme bilden vielleicht die Kiewer Gespräche –, auf denen sich zivilgesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Akteure regelmäßig austauschen konnten, sowie die Beschränkung des Ukraine-Diskurses in Deutschland auf vereinzelte Veranstaltungen dazu, dass die ukrainische Sicht auf vergangene und gegenwärtige Prozesse fehlte. Selbst die verspätete Gründung der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission im Jahr 2014, die mit Blick auf die Geschichte eigentlich schon seit Jahrzehnten notwendig gewesen wäre, führt uns die mangelhafte institutionelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine vor Augen. Fünftens prägt die gezielte russische Propaganda, welche die Öffentlichkeit über den Euromaidan, die Annexion der Krim und die russische militärische Aggression im Osten der Ukraine sowie andere Prozesse konstant desinformiert, den Diskurs über diese Ereignisse massiv.

Die Krise der Begriffe besteht beispielsweise darin, dass man fortwährend um geeignete Begriffe ringt, um Prozesse in der Ukraine richtig zu beschreiben. Nach drei Jahren der militärischen russischen Aggression gegen die Ukraine ist es noch immer nicht gelungen, geeignete Begriffe für die Ereignisse vor Ort zu finden.

Der Krieg wird einerseits als Ukraine-Krise, als Krieg zwischen Russland und der Ukraine oder als hybrider Krieg bezeichnet und andererseits als Bürgerkrieg – und seine Beteiligten als proukrainische oder prorussische Kräfte beziehungsweise als Separatisten. In Bezug auf die Annexion der Krim durch Russland neigt man dazu, die Soldaten eines anderen Landes als »grüne Männchen« zu bezeichnen und die Beschreibung des Annexionsverlaufs auf der Halbinsel nicht durch konkrete Beispiele zu erläutern, sondern sich auf den Begriff »rechtswidrig« zu beschränken. Dabei wird außer Acht gelassen, dass eine Deutungshoheit über bestimmte historische Ereignisse nicht durch das Wiederholen von Begriffen erlangt wird, sondern durch deren Kontextualisierung und das Anführen konkreter Beispiele, die den Diskurs füllen und ihn stärken.

Die Krise der Begriffe prägte zum Teil auch die Debatte im Bundestag. Es war schwierig einzuordnen, ob es sich nun um einen »Konflikt zwischen Russland und der Ukraine«, einen »Bürgerkrieg mit russischer Einmischung« oder einen »Bürgerkrieg« handelte. Die Krise der Begriffe führte auch dazu, dass keine normativen Grenzen geschaffen wurden und die Fraktion Die Linke in der Debatte zur historischen Verantwortung durch Andrej Hunko vertreten wurde, der gegen die ukrainische Gesetzgebung verstoßen hat, indem er die ukrainische Grenze aus Russland in den Donbass mehrmals illegal überquerte. Es zeichnet sich zudem die Tendenz ab, die Ereignisse in der Ukraine in bestimmte Deutungsmuster einzuordnen, die auf eigene Erfahrungen zurückgreifen. So wurden die Barrieren zwischen den Menschen in der Ukraine und Russland, die infolge des Krieges entstanden sind, mit der Situation während der deutschen Teilung verglichen. Auch die Folgen des Vernichtungskrieges wurden in der Debatte von den meisten Abgeordneten auf Babyn Jar, das als ausschließlich jüdische Tragödie wahrgenommen wird, beschränkt, ohne dabei andere Ereignisse beim Namen zu nennen und auf sie einzugehen. Eine deutliche Ausnahme bilden die CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen, die Begriffe wie Holodomor, erschossene Renaissance, ukrainische Zwangsarbeit, Unterdrückung der ukrainischen Dissidentenbewegung in den 60er Jahren und Revolution auf Granit auf dem Maidan 1990 eingebracht haben – und damit jedoch nur das 20. Jahrhundert in den Blick genommen haben.

Fazit

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, weitere Debatten um die historische Verantwortung Deutschlands für die Ukraine zu führen, um eine überfraktionelle Übereinstimmung zu erreichen, deren Folge das Einbringen eines gemeinsamen Antrages sein sollte. Eine

Stärkung des Wissens über die Ukraine in Deutschland, deren Bevölkerungszahl die sämtlicher anderer Länder der Östlichen Partnerschaft zusammengenommen übersteigt, sollte dabei ein zentrales Thema sein. Dies kann durch die Förderung bilateraler Plattformen im Bereich Zivilgesellschaft, Kultur, Geschichte und Wissenschaft erreicht werden, die einen nachhaltigen Austausch über Vergangenheit wie Gegenwart ermöglichen. Eine solche Förderung wird auch dazu beitragen, dass ein vielstimmiger Diskurs über die Ukraine entsteht, der nicht nur von der Politik bestimmt wird. Man muss sich ebenso dessen bewusst sein, dass die Ukraine heute mit einer gezielten russischen staatli-

chen Propaganda konfrontiert wird, die durch Verdrehung der Fakten auch den Informationsraum in ganz Europa prägt und die Deutungshoheit um den Diskurs zu erlangen versucht. Nur das Verstehen dieser Mechanismen, deren Ziel es ist, die Öffentlichkeit zu desinformieren und Begriffe zu besetzen, wird es ermöglichen, ähnliche Probleme in Zukunft frühzeitig zu erkennen und ihnen effektiv entgegenzutreten. Daher geht es heute nicht ausschließlich um die Ukraine, sondern auch darum, ob man in der Lage sein wird, aus dem Beispiel der Ukraine Lehren zu ziehen und einer Krise der Begriffe in Zukunft entgegenzuwirken.

Über die Autorin:

Ljudmyla Melnyk ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Politik (IEP) und Leiterin des Projektes »Platform for Analytics and Intercultural Communication«, das die Förderung ukrainischer Denkfabriken und deren Zusammenarbeit mit deutschen Think Tanks zum Ziel hat. Zu ihren wissenschaftlichen Schwerpunkten gehören die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft, die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine mit Blick auf die Diskursanalyse sowie interkulturelle Kommunikation.

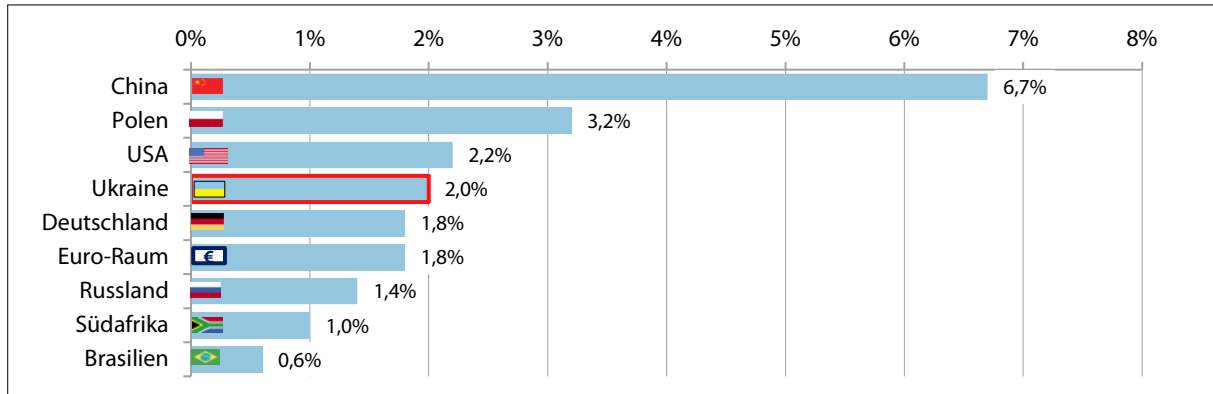
Lesetipps:

- Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Oktober 2016 »Historische Verantwortung Deutschlands für die Ukraine«, <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/100/1810042.pdf>>
- Die vollständige Debatte im Deutschen Bundestag vom 19. Mai 2017 »Historische Verantwortung Deutschlands für die Ukraine«, Drucksache 18/10042: <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/18/18235.pdf#P.23861>>

STATISTIK

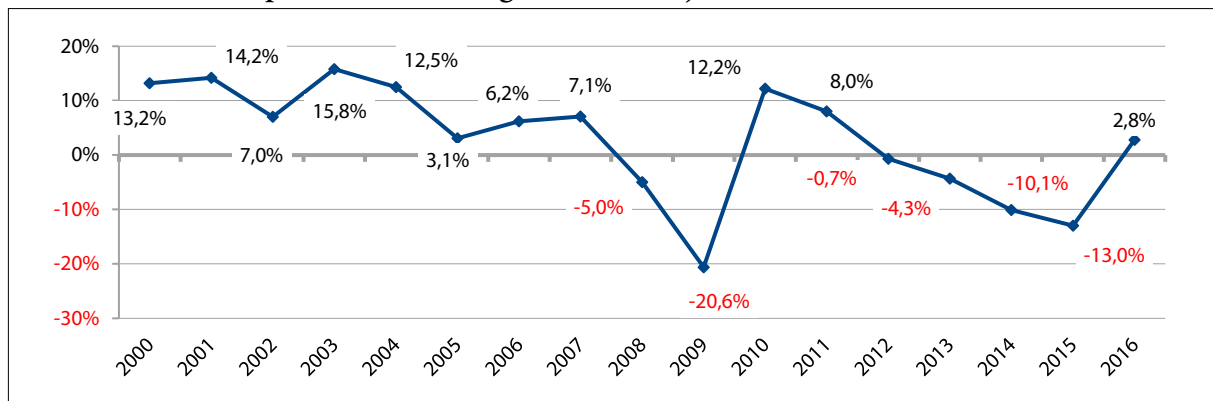
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 1: BIP-Prognose für das Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 10.06.2017.

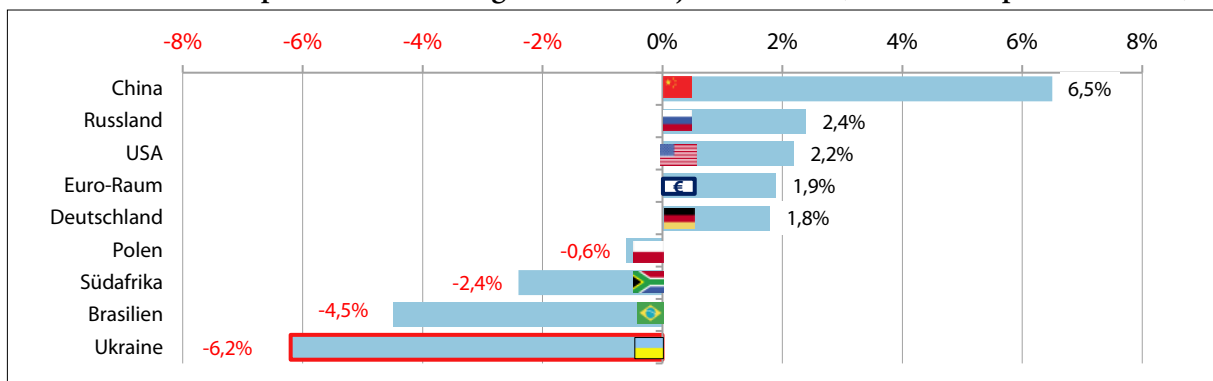
Grafik 2: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr



Anmerkung: Daten ohne Krim seit 2010

Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor*.

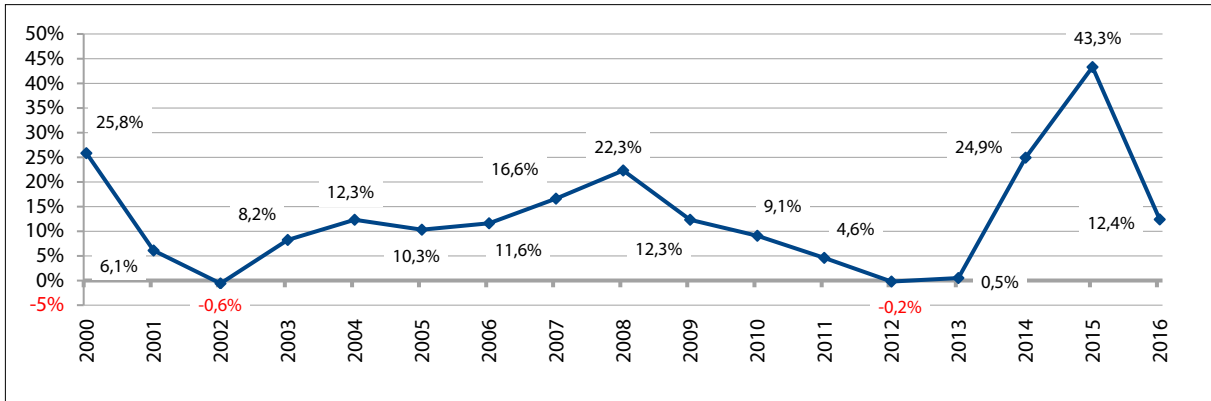
Grafik 3: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat (März oder April 2017, in %)



Anmerkung: Zahlen für den Euro-Raum, Südafrika, Deutschland vom März 2017, andere Zahlen vom April 2017.

Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 10.06.2017.

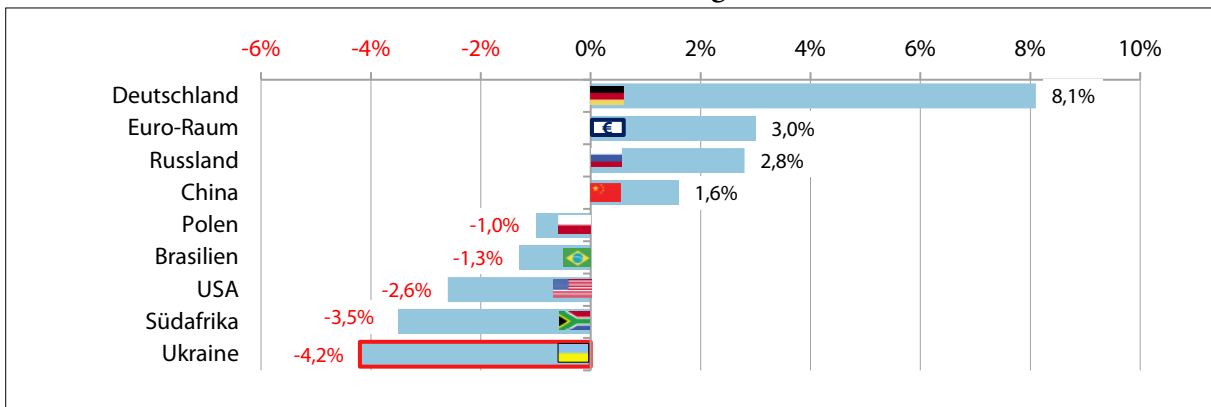
Grafik 4: Inflation im Vergleich zum Vorjahresende (Konsumentenpreise)



Anmerkung: Daten ohne Krim seit 2010

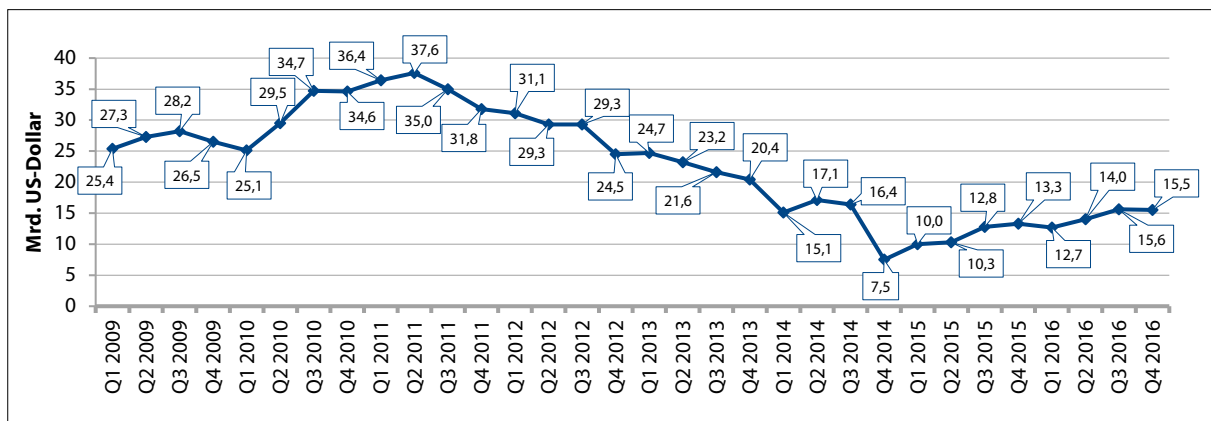
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 5: Haushaltsdefizit als Anteil am BIP (Schätzung für 2017)



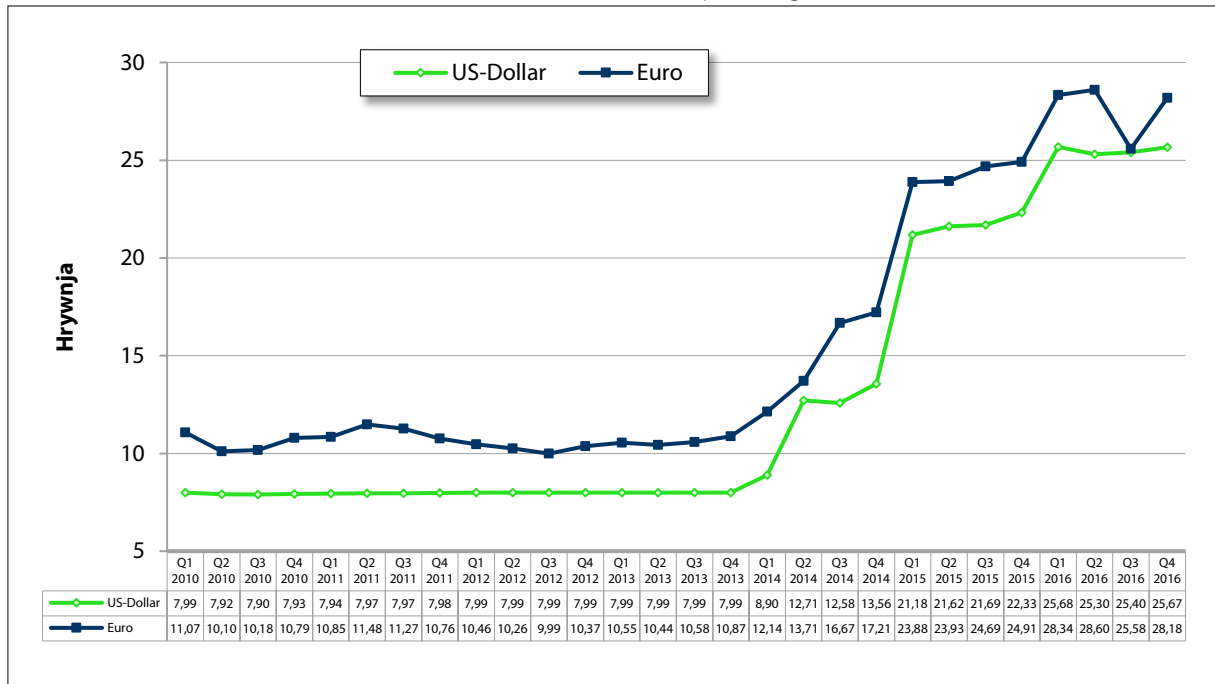
Quelle: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 10.06.2017.

Grafik 6: Devisenreserven in Mrd. US-Dollar



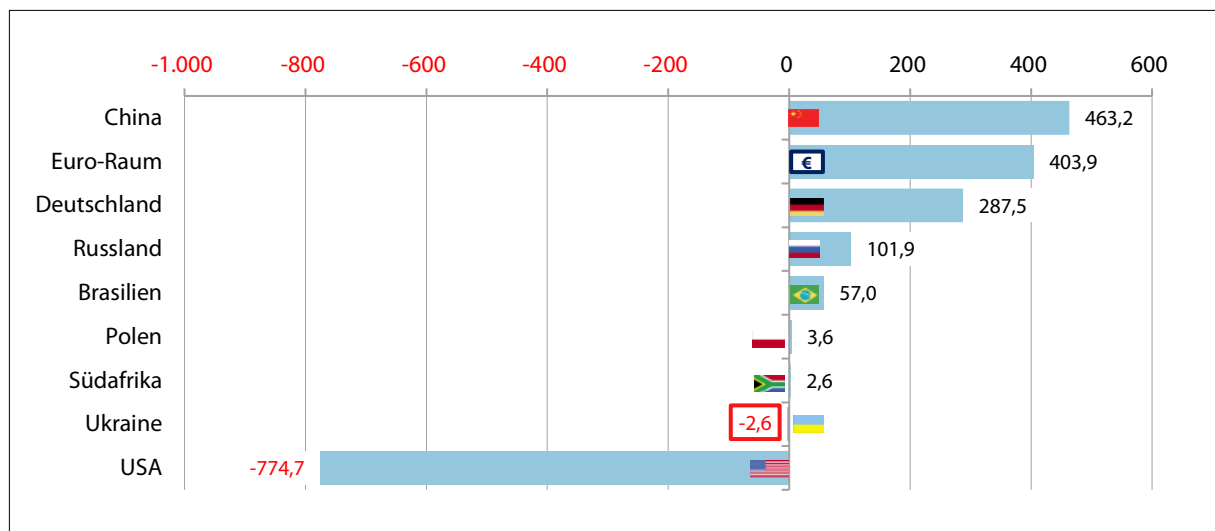
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 7: Wechselkurs der Hrywnja (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)



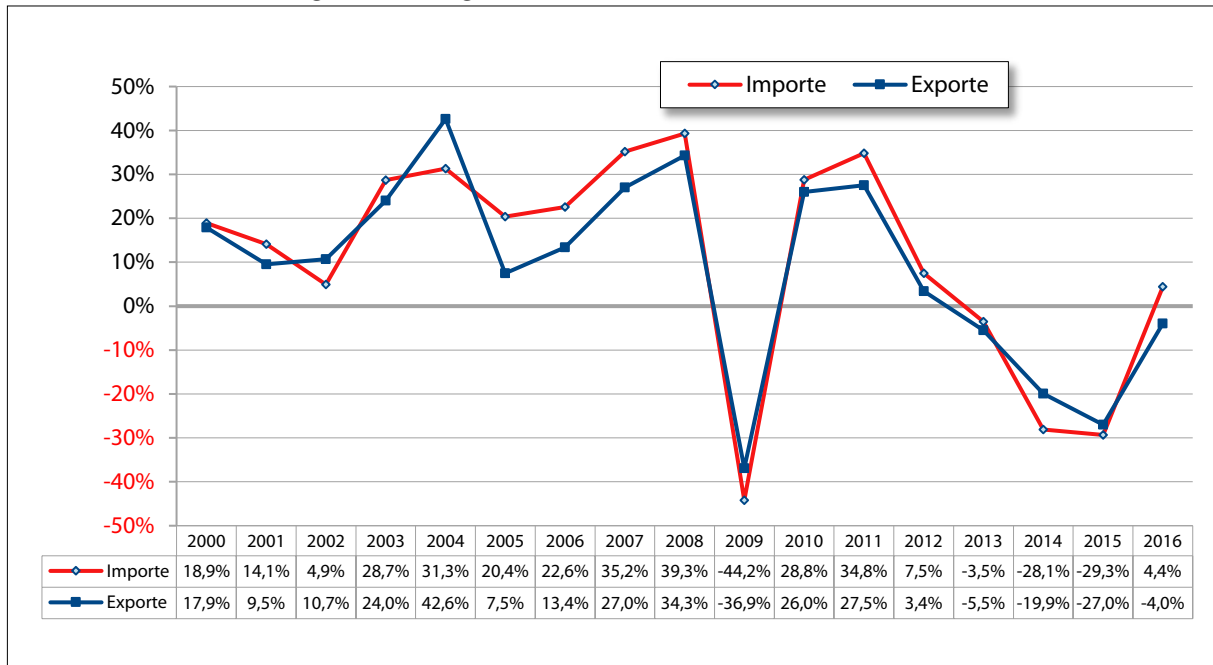
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 8: Handelsbilanz der letzten zwölf Monate in Mrd. US-Dollar



Anmerkung: Zahlen für Brasilien vom Mai 2017, für den USA, Südafrika und China vom April 2017, andere Zahlen vom März 2017. Quelle: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 10.06.2017.

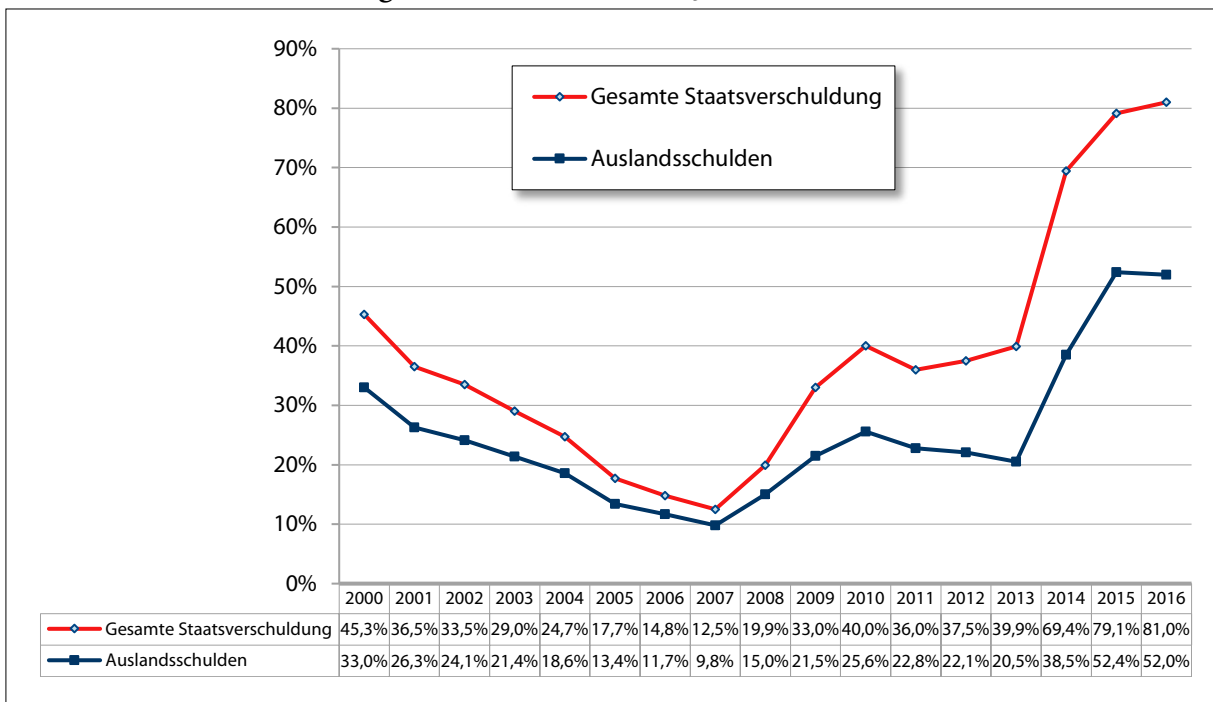
**Grafik 9: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahr
(Veränderung in % bezogen auf den Wert in US-Dollar)**



Anmerkung: Daten seit 2010 ohne Krim

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 10: Staatsverschuldung als Anteil am BIP, zum Jahresende (%)



Anmerkung: Daten seit 2010 ohne Krim

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

22. Mai – 11. Juni 2017

22.05.2017	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko spricht sich gegen die Gründung eines speziellen Gerichts aus, vor dem Korruptionsfälle hoher Beamter verhandelt werden. Dieser Vorschlag war im Parlament aufgekommen, dort aber für verfassungswidrig erklärt worden. Luzenko erklärt, es reiche aus, eine Kammer innerhalb eines bestehenden Gerichts zu gründen.
22.05.2017	Mit der Veröffentlichung im Gesetzesblatt der EU wird die Visapflicht für ukrainische Staatsbürger für EU-Aufenthalte von bis zu 90 Tagen Länge aufgehoben. Die Mitgliedsstaaten müssen die Visapflicht einzeln aufheben. Die Entscheidung tritt in der Nacht zum 11. Juni 2017 in Kraft.
22.05.2017	Der russische Politikberater und Chef des Fernsehsenders Inter, Igor Schuwalow, erhält für fünf Jahre Einreiseverbot. Der Abgeordnete Anton Heraschtschenko erklärt, Schuwalow sei an »anti-ukrainischen« Aktivitäten der russischen Geheimdienste beteiligt und befördere Propaganda gegen die politische Führung der Ukraine in russischen Medien.
23.05.2017	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das eine Quote für die ukrainische Sprache im Fernsehen einführt. Pro Woche müssen mindestens 75 % der Sendungen und Filme, die in den Fenstern zwischen 7 und 18 Uhr sowie zwischen 18 und 22 Uhr gezeigt werden, in ukrainischer Sprache sein.
23.05.2017	Landwirtschaftsminister Taras Kutowoj tritt zurück. Nach Angaben des Internetmagazins Ukrainska Prawda ist der Grund eine Meinungsverschiedenheit mit der Regierung über die Agrarreform.
24.05.2017	In einer konzertierten Aktion finden in 15 Regionen der Ukraine Razzien gegen korruptionsverdächtige Mitarbeiter der Steuerbehörde statt. Nach Angaben des Chefmilitärstaatsanwalts Anatolij Matjus sind 1.700 Polizisten und 500 Militärstaatsanwälte im Einsatz.
25.05.2017	Nachdem zuvor der Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko von einem Fehler bei den Ermittlungen im Mordfall des Journalisten Pawlo Scheremet gesprochen hatte, erklärt der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Wasilij Hryzak, es habe keine Fehler gegeben. Bevor Luzenko sich zu dem Fall äußert, hatte auch der Journalist Dmytro Gnap, einer der Autoren eines Dokumentarfilms über die Ermordung Pawlo Scheremets im Jahr 2016, schwere Vorwürfe gegen den SBU erhoben. Einige Videoaufnahmen von einer Überwachungskamera am Ort des Geschehens seien nicht zur Polizei gelangt, weil der SBU die Server des Geschäfts, zu dem die Kamera gehörte, eingezogen und teils noch nicht zurückgegeben, teils die Daten vor der Rückgabe der Geräte gelöscht habe. Hryzak widerspricht dieser Darstellung dezidiert.
26.05.2017	Die Mission des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Ukraine meldet, bevor die nächste Tranche des laufenden Hilfskreditprogramms ausgezahlt werden könne, müssten die laufenden Gesetzesprojekte zu Privatisierung und Korruptionsbekämpfung noch weiter verändert werden.
26.05.2017	Angehörige des Nationalen Antikorruptionsbüros durchsuchen die Räumlichkeiten eines Kiewer Verwaltungsgerichts und den Wohnort des Gerichtsvorsitzenden Pawlo Wowk. Gegen Wowk wird wegen des Verdachts auf Unterschlagung ermittelt, es ist jedoch unklar, ob die Durchsuchung im Zusammenhang mit den Ermittlungen steht.
27.05.2017	Der erste Entwurf des US-amerikanischen Haushalts enthält finanzielle Hilfen für die Ukraine in Höhe von etwa 350 Millionen US-Dollar, wovon 150 Millionen für Verteidigungszwecke eingesetzt werden sollen. Die Mittel können auch für die Beschaffung letaler Waffen eingesetzt werden.
27.05.2017	Auf ihrem Gipfel in Taormina erklären die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten ihre Bereitschaft, weitere Sanktionen gegen Russland zu erlassen, wenn Russland seinen Teil der Minsker Vereinbarung nicht umsetze.
29.05.2017	Auf einer Kabinettsitzung zur Agrarreform erklärt Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman, er sei kategorisch gegen einen Verkauf von Land an juristische Personen und an ausländische Staatsbürger.
30.05.2017	Das Verteidigungsministerium zieht Reserveoffiziere ein, die eine militärische Vorbereitung durchlaufen haben, aber bisher nicht eingesetzt wurden. Der Einzugsbefehl betrifft Männer im Alter bis zu 43 Jahren mit Universitätsabschluss.

30.05.2017	Das Oberhaus des niederländischen Parlaments ratifiziert das Assoziationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU. Nachdem am 6. April 2016 bei einem nichtbindenden Referendum eine Mehrheit der WählerInnen in den Niederlanden das Assoziationsabkommen abgelehnt hatte, wurde es noch einmal ins Parlament zurückgegeben. Die Abstimmung im Senat macht den Weg frei für die Ratifizierung des Abkommens in der EU.
30.05.2017	Aus dem Donbass werden erneut zunehmende Zahlen von Verstößen gegen die Waffenruhe gemeldet.
31.05.2017	Nach Angaben der Vereinten Nationen sind seit Mitte März 2017 infolge der Kampfhandlungen im Donbass 35 Zivilisten ums Leben gekommen und 143 verletzt worden.
31.05.2017	Der Minister für Informationspolitik, Jurij Stez, tritt zurück. Nach Angaben des Staatssekretärs des Ministeriums sind gesundheitliche Gründe ausschlaggebend für die Entscheidung.
31.05.2017	Nach Angaben des Energiekonzerns Naftohaz Ukrainy weist ein Stockholmer Schiedsgericht den Anspruch des russischen Energiekonzerns Gazprom auf Zahlung von etwa 35 Milliarden US-Dollar zurück. Gazprom hatte mit einer so genannten »take-or-pay«-Klausel argumentiert, die auch die Zahlung vertraglich vereinbarter, faktisch aber nicht abgerufener Mengen Erdgas vorsieht. Im Streit der beiden staatlich kontrollierten Energiekonzerne um wechselseitige Forderungen ist dies die erste von mehreren Entscheidungen.
01.06.2017	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug erklärt, die Zivilbevölkerung zahle weiterhin einen hohen Preis dafür, dass die Konfliktparteien im Donbass die Vereinbarungen zum Waffenstillstand nicht einhalten. Neun Menschen seien in der vergangenen Woche verletzt worden, fünf davon auf dem Gebiet, das nicht von der Ukraine kontrolliert wird.
01.06.2017	Journalisten des Fernsehprogramms Schemy beklagen Druck von Seiten des Inlandsgeheimdienstes SBU. Kurz vor der Ausstrahlung eines Beitrags, in dem gegen Mitarbeiter des Dienstes Korruptionsvorwürfe erhoben werden, hätten sie eine schriftliche Drohung vom SBU erhalten. Das Programm werde gleichwohl ausgestrahlt.
02.06.2017	Die Nationalbank setzt eine Richtlinie des Nationalen Sicherheitsrates um, nach der die ukrainischen Banken in Zukunft keine Transaktionen für russische Firmen mehr durchführen dürfen, die auf der Sanktionsliste stehen.
03.06.2017	Innenminister Arsen Awakow kündigt eine harte Linie der staatlichen Sicherheitsorgane gegenüber bewaffneten Banden an, die versuchen, Unternehmen an sich zu reißen. Er bezieht sich auf einen Vorfall vom 31. Mai 2017, als mehrere Dutzend bewaffnete Männer in der Region Wynnyzia ins Gebäude eines Agrarunternehmens eingedrungen waren. Sicherheitskräfte nahmen 45 Personen fest.
04.06.2017	Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank zeigen sich zufrieden mit dem Gesetzesvorschlag zur Reform des Rentensystems. Der Chef der IWF-Mission in der Ukraine schreibt an den Ministerpräsidenten Wolodymyr Hrojsman, es sei wichtig, das Gesetz in der vereinbarten Form durchs Parlament zu bringen.
05.06.2017	Die britische Journalistengruppe Bellingcat veröffentlicht einen Bericht, in dem sie behauptet, Belege für die russische Herkunft des Raketensystems BUK gefunden zu haben, mit dem im Juli 2014 ein Passagierflugzeug der Malaysian Airlines über dem Donbass abgeschossen wurde. Im einem Bericht an die internationale Gemeinsame Aufklärungsgruppe, die den Fall untersucht, sind außerdem die Namen der Soldaten aufgeführt, die laut der Gruppe am Transport der Waffe von Russland an die ukrainische Grenze beteiligt gewesen sein sollen. Der Bericht stützt sich auf in sozialen Netzwerken frei verfügbare Fotos und Angaben.
06.06.2017	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Russland die Visapflicht für ukrainische Staatsbürger einführen werde, wenn die Ukraine ein Visaregime für russische Staatsbürger erlasse. Dieses Vorhaben wird bereits seit Längerem in der Ukraine diskutiert.
07.06.2017	Nach Angaben des stellvertretenden Chefs der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug sind seit Anfang des Jahres 2017 im Donbass bereits 16 Zivilisten durch Minen ums Leben gekommen.

08.06.2017	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das den außenpolitischen Kurs der Ukraine festlegt. Der Beitritt zur NATO wird darin zur Priorität erklärt.
09.06.2017	Im westukrainischen Lwiw errichten Bürger in der Nacht Barrikaden aus Müll, um darauf aufmerksam zu machen, dass aus mehreren Gebieten der Müll nicht mehr abgeholt wird. Die Stadt steht seit längerem vor einem umfassenden Problem bei der Abfallentsorgung, das sich mit einem Großbrand auf einer Müllkippe im Jahr 2016 noch verschärfte.
10.06.2017	Präsident Poroschenko begehrt den Beginn der Aufhebung der Visapflicht für ukrainische Staatsbürger für Reisen in die EU am 11. Juni 2017. Er erklärt, die Ukraine kehre damit zurück in die »Familie europäischer Völker«. Er zitiert Bundeskanzler Willy Brandt, indem er erklärt, nun wachse zusammen, was zusammengehöre.
11.06.2017	Die ersten acht EU-Mitgliedsstaaten öffnen ihre Grenzen für Reisende aus der Ukraine. Es sind Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Zypern. Großbritannien und Irland sind nicht Teil des Abkommens zur Visabefreiung ukrainischer Staatsbürger.
11.06.2017	Aufgrund der Beschädigung der Stromversorgung einer Pumpstation durch Beschuss sind vier Filteranlagen für Trinkwasser in der Region Donezk vorübergehend von der Wasserzufuhr abgeschnitten.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen



Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>



Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.  

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.  

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>



Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.  

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.  

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>